

# ÖKOSTEUERNEWS 24 – OKTOBER 2003

---

## NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOSOZIALEN FINANZREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

GREEN BUDGET GERMANY

Brienner Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de>

Fon 089-520113-13 Fax 089-520113-14 [foes@foes-ev.de](mailto:foes@foes-ev.de)

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.  
und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.\*

Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer  
Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000).

\*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung  
privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

ISSN 1611-4035

---

### Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL .....	1
2.	ÖFR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND.....	4
3.	ÖFR-DISKUSSION INTERNATIONAL.....	12
4.	AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER .....	15
5.	BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE .....	17
6.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND .....	22
7.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL.....	28
8.	BUCHBESPRECHUNG .....	30
9.	BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER.....	30
10.	JOBS .....	31
11.	LINKS UND PUBLIKATIONEN .....	32
12.	VERANSTALTUNGEN .....	33
13.	FÖS: IN EIGENER SACHE .....	37

---

## 1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

*Liebe Freunde der Ökosteuern und Leser des ÖSN,*

Diese Ausgabe ist etwas umfangreicher geworden, was aber unter anderem erfreulicherweise an vielen von uns oder anderen Interessenten geschriebenen Artikeln liegt. In dieser Ausgabe geht es um Pendler, Billigflieger, Subventionsabbau, die Forderung nach einer Emissionssteuer und einer

anderen Form der Debatte um die Gesundheitsreform, und vieles mehr.

Wie immer wünschen wir viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen und Reaktionen!

Ihr FÖS-Team

### ***Die Trends bei der Bunten – von Nachhaltigkeit keine Spur***

[Red.] Für die Zeitschrift BUNTE (Ausgabe Nr. 40) ist es „Out“, dass die Grünen die Steuerbefreiung für Kerosin abschaffen wollen und somit „Billigfliegern die Flügel stutzen“. Spielt denn Nachhaltigkeit bei Euch gar keine Rolle? Wie sollen positive Ergebnisse auf ökologischer Ebene erzielt werden, wenn sämtliche Magazine mit ihren

„Trends“ dagegenhalten? „In“ ist hingegen, dass die deutsche Regierung gegen das Verbot der Tabakwerbung protestiert. Was soll man von solchen Bewertungen halten??? Für uns ist die Bunte solange mega-, mega-out, wie sie derartigen Dampfbucken-Populis-mus auf Kosten der Umwelt pflegt.

### ***Die Pendlerpauschale: Ökologisch wie ökonomisch pervers***

[Anselm Görres] Wenn je ein Steuersystem an einem Übermaß guter Absichten gescheitert ist, dann das unsere. Weltweit stammt mehr als die Hälfte aller steuerrechtlichen Publikationen aus Deutschland. Nicht zuletzt deswegen, weil wir Hunderte von Regeln haben, mit denen wir für einzelne Berufe, besondere Einkommensarten, unterschiedliche Lebenssituationen usw. Sondervorschriften und Ausnahmen schaffen. Häufig aus einem ins Maßlose mutierten Gerechtigkeitssinn, oft genug auch unter dem deutlichen Einfluss von Lobbys. In den meisten Ländern interessiert es das Finanzamt keinen Deut, ob jemand einen weiten oder einen kurzen Arbeitsweg hat. So heißt es in Amerika: *Work begins at the factory door.*

Im deutschen Steuerrecht dominiert der an sich vernünftige Grundsatz, dass Aufwendungen, die ein Steuerzahler treffen muss, um überhaupt Einkünfte zu erzielen, sein steuerpflichtiges Einkommen mindern. Wer fährt schon aus Vergnügen ins Büro oder in die Fabrik? Doch schon bei Einführung der Kilometerpauschale in den fünfziger Jahren ging es um mehr als nur die angemessene Würdigung berufsbedingten Aufwands. Die Regierung wollte damals auch Bürgermobilität und Autoindustrie fördern.

Wohltat wird Plage – im Lauf der Zeit wuchs die Pauschale zu einer milliardenschweren Subvention an. Heute kostet sie den Fiskus etwa 6 Milliarden € p.a., also rund 200 € je Arbeitnehmer. Eine Bagatellgrenze gibt es nicht – anspruchsberechtigt sind auch die, die täglich nur zwei oder drei Kilometer fahren müssen. Ebenso wenig unter-

scheidet das Steuerrecht zwischen Luxuspendlern und Notpendlern: Die tägliche Fahrt im Nobelauto vom Tegernsee nach München und zurück ist genauso steuerabzugsfähig wie der beschwerliche Arbeitsweg eines Fernpendlers vom Grenzland. Doch durch den Progressionseffekt bringt der gleiche Arbeitsweg dem Reichen mehr Steuervorteil als dem Armen. So nimmt auch nicht Wunder, dass laut Statistik die Reichen weiter zur Arbeit fahren als die Armen.

Bis zum Jahr 2000 war die Förderung Verkehrsmittel bezogen. Mit 70 Pfennig je Entfernungskilometer erhielten Autofahrer wesentlich mehr als Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel (aufwandsabhängig 20 bis 25 Pfennig). Für Radfahrer gab es nur 14 Pfennig. Für Autobesitzer war Steuerbetrag damit ein Leichtes. Sie mussten die tägliche Autofahrt nur vorgeben, auch wenn sie tatsächlich Fahrgemeinschaften oder öffentliche Verkehrsmittel nutzten. Jede Subvention lockt zum Missbrauch.

Im heißen Ölpreissommer 2000 brachten nicht die moderate Ökosteuer, sondern massive Preisschocks an den Rohölbörsen deutlich höhere Kraftstoffpreise und europaweite Bürgerempörung. Anders als andere Länder gab die Bundesregierung – zurecht – diesem Druck nicht nach und hielt an der Ökosteuer fest. Als Entgegenkommen wurde aber die Entfernungspauschale reformiert: Die bisher nach Verkehrsmittel unterschiedenen Pauschalen wurden in eine einheitliche Entfernungspauschale umgewandelt.

Aus ökologischer Sicht waren das Ende dieser

Diskriminierung und die Fortsetzung der Ökosteuer ein wichtiger Erfolg, ebenso der verminderte Satz für die ersten zehn Entfernungskilometer. Doch die Erhöhung von 70 auf 80 Pfennig (heute 36 bzw. 40 Cent) bedeutete nichts anderes als den Ausbau einer ohnehin schon perversen Prämierung umweltschädlicher Pendelfahrten.

*Zeige mir Deine Siedlungsstruktur, und ich nenne Dir Deine Treibstoffpreise* – so äußerte sich einmal der frühere Umweltminister Töpfer nach der Rückkehr von einer Amerikareise. Ohne billigen Treibstoff wäre der American Way of Life mit seinem grenzenlosen Landschafts- und Energieverschleiß nicht denkbar. Zersiedelte Landschaften belasten nicht nur die Umwelt, sondern auch öffentliche Infrastrukturbudgets, etwa bei Bildung und Verkehr. Gerade ostdeutsche Bürgermeister und Landräte können davon ein Lied singen.

Bei der Pendlerpauschale geht es um Vieles: Nicht nur um die ökologischen Auswirkungen auf Verkehr und Siedlungsverhalten, sondern auch um die angespannte fiskalische Situation, auch um die Notlage vieler Arbeitnehmer in strukturschwachen Regionen, insbesondere in Ostdeutschland. Eine vernünftige Neuregelung muss all diese Aspekte beachten und darf das Steuersystem nicht weiter komplizieren. Warum also nicht folgende Elemente kombinieren?

1. Komplette Abschaffung der Entfernungspauschale für die ersten zehn Kilometer (bisher 36 Cents je km). Damit würden 52 Prozent der Arbeitnehmer mit diesem Thema nichts mehr zu tun haben! Der entfallende Steuervorteil beträgt im Höchstfall (also bei 10 km Entfernung und Höchststeuersatz) 350 € im Jahr. Maximal also weniger als ein € täglich – das sollte uns dieser Subventions- und Bürokratieabbau allemal wert sein.
2. Reduzierung der Pendlerpauschale für darüber hinausgehende Strecken auf 15 Cents (bisher 40) je Entfernungskilometer. Damit würde die Pauschale, wie in den meisten Ländern Europas, sich nicht mehr an den Kosten des teuersten Verkehrsmittels Auto, sondern an denen des öffentlichen Verkehrs orientieren. Bei aller Härte entspricht dies nicht nur der Notwendigkeit konsequenten Subventionsabbaus, sondern auch einer Stärkung des Verursacher-

prinzips bei der letztlich privaten Entscheidung über Wohn- und Arbeitsort. Ökonomisch würden damit Anreize verstärkt, beides möglichst nah von einander zu wählen. Dies gewiss auch in dem Sinne, dass vermehrt Arbeitsplätze zu den Menschen kommen, und nicht nur umgekehrt.

3. Moderate Erhöhung des Grundfreibetrags oder der Werbungskostenpauschale. Damit wäre für den Großteil der Steuerpflichtigen zumindest ein Teil der Mehrbelastungen aus den ersten beiden Punkten kompensiert. Bei Erhöhung des Grundfreibetrags wäre damit zugleich eine Absenkung des Grenzsteuersatzes für die meisten Steuerpflichtigen verbunden.
4. Eine Sonderregelung für strukturschwache Gebiete könnte für soziale Flankierung sorgen. Diese Regelung müsste aber von vornherein auf Regionen mit deutlich überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote und auf niedrig verdienende Arbeitnehmer begrenzt werden und schrittweise auslaufen. Die meist freiwillig getroffene Wohnsitzwahl von Wohlstandspendlern bedarf keinerlei staatlichen Subventionierung.

Mit diesen Vorschlägen würde Deutschland sich den Regelungen anderer europäischer Staaten annähern. Auch dort orientieren sich die steuerlichen Hilfen nicht an den Vollkosten eines Automobils, sondern allenfalls an den laufenden Betriebskosten oder an den Kosten des öffentlichen Verkehrs. (Für weitere Informationen zur Ökologischen Finanzreform in Europa darf ich auf unsere deutschen und englischen Newsletter verweisen: ÖkoSteuerNews und GreenBudget-News).

So weit, so gut – mit etwas Sachkunde und gutem Willen ließen sich Lösungen finden, die nicht nur den Finanznöten des Staates, sondern auch den ökologischen und sozialen Erfordernissen Rechnung trügen. Alle modernen Steuerreformkonzepte weisen in diese Richtung: Ausnahmen streichen, Steuerbasis verbreitern, Steuersätze reduzieren. Erst letzte Woche tagten, auf Einladung von Ministerpräsident Teufel, CDU-Landeschefs und Bayerns Finanzminister Faltlhauser in Berlin und tauschten ähnlichen Vorschlägen des ehemaligen Verfassungsrichters Paul Kirchhoff. Als einziger

Sozialdemokrat nahm der nordrhein-westfälischer Ministerpräsident Steinbrück teil. Alle Herren zeigten sich sehr angetan.

Doch mit der schrittweisen Ökologisierung, Modernisierung und Vereinfachung unseres Steuersystems scheinen es gerade Oppositionspolitiker noch wie der junge Augustinus mit der Keuschheit zu halten: *Lieber Gott, mach mich keusch, aber nicht gleich.* Schritte zu mehr Eigenverantwortung, zur Stärkung des Verursacherprinzips, zum Abbau umweltschädlicher Subventionen können nicht gelingen, solange nicht auch Konservative und Liberale den Mut finden, den

Verlockungen des antiökologischen Populismus zu entsagen.

Mit Stammtischparolen und autofreundlicher Politik auf Kosten der Umwelt kann man Wahlen gewinnen – aber nicht die Zukunft. Mehr denn je braucht Deutschland einen überparteilichen Reformkonsens, bei dem ökologische und ökonomische Vernunft nicht länger gegeneinander ausgespielt werden. Dann lässt sich die Zustimmung der Bürger auch für Unerfreuliches gewinnen.

In einer gekürzten Fassung ist dieser Artikel in der Süddeutschen Zeitung am 30.09.2003 erschienen.

### ***Hasenfüßiger Handel fürchtet Kundenbesuche***

[Anselm Görres] Wieder einmal lässt sich in Deutschland ein weltweit einmaliges Phänomen beobachten. Während Händler in allen anderen Ländern nichts unversucht lassen, um Kunden in ihre Geschäftsräume zu locken - nicht selten unter Inkaufnahme heftiger Rabattierung - tun Deutschlands Händler das Gegenteil. Mit Händen und Füßen wehren sie sich gegen ein Gesetz, das jedem Getränkekauf eine Prämie dafür verspricht, wenn er beim Getränkekauf denn Laden zweimal betritt. Das zweite Mal nämlich dann, wenn er die Getränkeverpackung zwecks Pfandeinlösung zurückbringt.

Was würden nicht marketingfreudigere und geschäftstüchtigere Nationen mit dem Flaschenpfand anzustellen wissen? Den Pfandkunden umwerben, ihm Rücknahme auch andernorts gekaufter Flaschen und Dosen anbieten, mit einem Wort: Das Pfandsystem als Instrument der Kundenbindung begreifen! Aber aufgehetzt von stupiden Verbänden und prinzipienlosen Politikern vergeudet man die Kraft in einem Kampf gegen vernünftige Müllvermeidung, statt die im Pfand verborgenen Chancen zu entdecken. Kopf wie Flasche leer, armes Deutschland!

## **2. ÖFR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND**

### ***Größtes Programm zum Subventionsabbau in der deutschen Nachkriegsgeschichte***

[Pressemitteilung, [www.hessen.de](http://www.hessen.de)] Koch und Steinbrück legen Konsenspapier im Volumen von 15,8 Mrd Euro für die Jahre 2004 bis 2006 vor. Die Ministerpräsidenten der Bundesländer Hessen und Nordrhein-Westfalen, Roland Koch und Peer Steinbrück, haben am 30. September 2003 in Berlin das Programm „Subventionsabbau im Konsens“ vorgestellt. Mit diesem 115-seitigen Paket sollen Bund, Länder und Gemeinden in den ersten drei Jahren (2004 bis 2006) kumuliert um das Gesamtvolumen von ca. 15,8 Milliarden Euro entlastet werden; der dauerhafte Erfolg nach voller Wirksamkeit beläuft sich ab 2006 auf ein Volumen von 10,5 Milliarden Euro jährlich. „Wir haben das

größte Programm zum Subventionsabbau in der deutschen Geschichte vorgelegt, um finanzielle Handlungsspielräume zurückzugewinnen zu können“, unterstrichen Ministerpräsident Koch und sein Amtskollege Steinbrück in Berlin: „Nach vielen gescheiterten Versuchen in der Vergangenheit besteht nun die große Chance, dieses parteiübergreifende Projekt gemeinsam zu verwirklichen.“

Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.hessen.de/stk/index.cfm?gbAction=gbLinkFollow&NavItemID=B346AC0E-A1B5-4E73-AC22E948700D1B10>

### ***BUND: Subventionsfass dicht machen!***

[Pressemitteilung BUND; Berlin 30.09.2003] Zur Präsentation der Subventionsabbaupläne der Ministerpräsidenten Roland Koch und Peer Steinbrück versenkten Mitarbeiter des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) vor dem Bundesratsgebäude in Berlin 22 Milliarden Subventions-Euro symbolisch in einem Fass. Das Geld führe zu Umweltzerstörung, Landschafts-

zersiedlung und Klimaerwärmung. „Herr Schröder, Herr Steinbrück, Herr Koch, machen Sie das Subventionsfass dicht!“ forderte der BUND auf einem Transparent. Siehe Pressemitteilung BUND unter:

[http://www.bund.net/lab/reddot2/pressemitteilungen\\_305\\_6.htm](http://www.bund.net/lab/reddot2/pressemitteilungen_305_6.htm)

### ***„Billigflieger sind Klimakiller“***

[[news@sonnenseite.com](mailto:news@sonnenseite.com), 07.09.2003] Führende deutsche Umweltverbände haben die Billigflieger scharf verurteilt und eine Einschränkung des Flugverkehrs verlangt. Subventionen sollten abgebaut und Verbraucher vor Lockangeboten geschützt werden, forderten der Bund für Umwelt- und Naturschutz, Robin Wood, die Bundesvereinigung gegen Fluglärm, Germanwatch und der Verkehrsclub Deutschland (VCD) soeben von der Politik.

Durch die Billigflüge drohe der Flugverkehr dem Auto den Rang als „Klimakiller Nummer Eins“ abzulaufen, lautet der Vorwurf. Die Umweltverbände verlangten die europaweite Einführung einer Steuer auf Flugbenzin, eine Abgabe, die an Schadstoff- und Lärmausstoß der Jets gekoppelt wäre, sowie das Ende der Umsatzsteuer-Befreiung im grenzüberschreitenden Flugverkehr.

Städte sollten das „ökonomisch unsinnige“ Buhlen um die Billigflug-Airlines durch „Subventionierung von Provinzflughäfen“ einstellen, so die Umweltschützer. So konkurrierten inzwischen allein im Rheinland vier Airports um die Billigfluglinien.

Die Kritiker der Billig-Airlines betrachten die Angebote zudem meist als Mogelpackung. Die Kunden würden erst durch fragwürdige Angebote, die die erheblichen Zusatzkosten verschweigen, zum klimaschädlichen Fliegen verleitet, sagte Monika Ganseforth vom VCD. Reservierungszuschläge, An- und Abfahrtskosten, Sicherheits-

und Stornogebühren tauchten dabei nicht auf.

Mit ihrer gemeinsamen Initiative setzen sich die Umwelt- und Verkehrsverbände für eine nachhaltige Reduzierung des Luftverkehrs ein. Wesentliche Forderungen sind:

- die konsequente Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene;
- die Einrechnung der sozialen und ökologischen Folgekosten in den Flugticketpreis (Einführung einer Emissionsabgabe, Kopplung der Start- und Landentgelte an Schadstoff- und Lärmemissionen);
- die Aufhebung der Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Verkehrsträgern (europa-weite Besteuerung von Kerosin, Aufhebung der Umsatzsteuerbefreiung im grenzüberschreitenden europäischen Flugverkehr);
- der wirksame Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm (schärfere Grenzwerte, Nachtflugverbote).

Alle wesentlichen Fakten und Forderungen zum Thema Flugverkehr wurden in einem Faltblatt zusammengefasst. Die Mitgliedsorganisationen des AK Flugverkehr und die regionalen Gliederungen werden diese Information bundesweit verbreiten.

Weitere Informationen: <http://www.bee-ev.de>

### ***Durchbruch für hocheffiziente Gaskraftwerke in Deutschland***

[BMU-Pressedienst Nr.183/03 Berlin, 9. Oktober 2003] In der Bundesregierung ist gestern eine Einigung zu den Ausführungsbestimmungen zur Messung der Wirkungsgrade hocheffizienter Gas- und Dampfturbinenkraftwerke (GuD) erzielt

worden. "Damit können jetzt die ersten Kraftwerke einer neuen Generation gebaut werden, die auf umweltschonendes Erdgas setzen", sagte Bundesumweltminister Jürgen Trittin. Mit der gestrigen Einigung werde Erdgas steuerlich

gegenüber Kohle und Kernbrennstoffen nicht mehr benachteiligt. "Damit werden Investitionen in Milliardenhöhe in Deutschland ausgelöst. Es werden mehrere Hundert neue Arbeitsplätze geschaffen, das Klima entlastet und die Innovationen der neuen Kraftwerke verbessern den Wirtschaftsstandort Deutschland", sagte Trittin.

Im Rahmen der Ökologischen Steuerreform ist eine befristete steuerliche Gleichstellung für Erdgas zur Stromerzeugung vorgesehen. Für fünf Jahre muss keine Erdgassteuer gezahlt werden. Mit der gestrigen Entscheidung hat die Bundesregierung auch ein klares Signal zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland durch umweltpolitisch sinnvolle Innovationen gegeben. "Wir zeigen einmal mehr, dass sich gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Klimaschutz und die Schaffung von Arbeitsplätzen miteinander vereinen lassen", sagte Bundesumweltminister Trittin.

Mit der Ökologischen Steuerreform wurden Kraft-

werke, die den weltweit allerhöchsten Ansprüchen mit einem Wirkungsgrad von 57,5% genügen, befristet für fünf Jahre von der Gassteuer befreit. Allerdings konnten die Investitionen noch nicht erfolgen, weil es erst noch der Konkretisierung der Art und Weise der Messung dieses äußerst anspruchsvollen Wirkungsgrades bedurfte. Dies konnte gestern geklärt werden.

Derzeit sind davon zwei Kraftwerksstandorte positiv betroffen: In Lubmin bei Greifswald an der Ostsee plant ConcordPower eine Investition von rund 600 Millionen Euro in eine 1.200-Megawatt-GuD-Anlage und in Hürth-Knapsack bei Köln plant die britisch-amerikanische Intergen für rund 400 Millionen Euro eine 800-Megawatt-GuD-Anlage. "Diese Projekte setzen ein wichtiges Signal für die anstehende Erneuerung des Kraftwerksparks. Wir müssen neben den Erneuerbaren Energien auf hocheffiziente moderne Technik für fossile Brennstoffe setzen", so der Bundesumweltminister.

### *Ökonomen fordern Abbau von Öko-Subventionen*

[Tagesspiegel, 12.09.2003] Handelsexperten haben Verbraucherministerin Renate Künast (Grüne) kritisiert, da sie einerseits fordert, Entwicklungsländern einen besseren Marktzugang zu gewähren und gleichzeitig unterstützt, dass in Deutschland immer höhere Subventionen für Biolandbau gezahlt werden. „Das ist ökonomischer Schwachsinn und nur politisch zu erklären“, sagte Tilman Brück, Welthandelsexperte am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Jörg-Volker Schrader, Agrarexperte beim Kieler Institut für Wirtschaftsforschung, sagte, mit der staatlichen Unterstützung für den Ökolandbau werde „ein neues Feld für Subventionen eröffnet“. Das sei „volkswirtschaftlicher Unsinn“.

Künast hatte vor der Eröffnung der Welthandelskonferenz in Cancún gefordert, die Markt- und Entwicklungschancen der ärmsten Ländern müssten verbessert werden. „Deshalb kommt es jetzt darauf an, Exportsubventionen abzubauen, bessere Marktzugänge zu gewähren und handelsverzerrende Subventionen abzubauen“, sagte Künast. Gleichzeitig pumppte die Bundesregierung im vergangenen Jahr 5,2 Milliarden Euro in die Landwirtschaft. Allein für die Förderung des Öko-Anbaus spendierte die Bundesregierung im Jahr 2001 rund 80 Millionen Euro. Weitere 6,7

Milliarden Euro an Zuschüssen fließen über den Umweg Brüssel in die Kassen der deutschen Landwirte.

„Die Verbraucherministerin sollte lieber darauf achten, dass die Agrarprodukte preiswert hergestellt werden“, sagte Agrarexperte Schrader. „Physische Unterschiede zwischen Bio- und konventionellen Produkten sind in der Qualität ohnehin nicht messbar.“ Auch aus umweltpolitischer Sicht machten Subventionen keinen Sinn. „Der erste Schritt, um Flächen zu pflegen, wäre der Abbau von Subventionen“, sagte Schrader. Dadurch würde der Anreiz genommen, die Flächen intensiv zu nutzen.“ Doch der Ehrgeiz der Verbraucherministerin, die Subventionen abzubauen, halte sich in Grenzen.

Auch Georg Koopmann, Handelsexperte vom Hamburger Weltwirtschafts-Archiv, sagte, der Marktzugang für Entwicklungsländer für Agrarprodukte werde nicht nur durch Zölle erheblich behindert, sondern auch durch Subventionen. Der Grund: Die Wettbewerbsfähigkeit der Produkte werde verzerrt, der Preis künstlich niedrig gehalten, auch bei den Bioprodukten. „Wenn wir den Marktzugang für die armen Länder entscheidend verbessern wollen, müssen die nationalen Subventionen deutlich gekürzt werden“, sagte

Koopmann. Das ist aber nicht der Fall, wenn der grüne Landbau subventioniert wird.“ Daher sei es ein offensichtlicher Widerspruch, wenn Renate

Künast einerseits den Marktzugang befürworte, andererseits aber neue Subventionen schaffe.

**Staat kassiert weniger Mineralölsteuer**

In unserer Ausgabe von Mai 2003 berichteten wir darüber, dass der Staat weniger Mineralölsteuer kassiert.

Ein Leser sprach uns darauf hin an, warum das so sei. Das Bundesfinanzministerium gab allerdings

nur bekannt, dass sie lediglich über die Werte verfügten, nicht aber über die Begründungen. Inzwischen haben wir recherchiert, dass der Grund darin liegt, dass der Treibstoffverbrauch zurückgegangen war.

**Zentralsonne des Umweltschutzes – die Emissionssteuer**

[Gottfried Roessle, Vorstand Bundesverband Motorkraftwerke e.V.] Ein Riesenpotential für den Umweltschutz kann einnahmepolitisch (ohne Steuererhöhung) genutzt werden.

1. Die Umsatzsteuer ist die allgemeine Verbrauchssteuer und als solche eine reine Fiskalsteuer ohne Lenkungsaufgabe – wenn man nachlässt, dass diese Steuer in unerwünschter Weise den sozialen Ausgleich der Einkommensteuer teils wider aufhebt. Solche Negativlenkung könnte jedoch vermieden werden, wenn der Umsatzsteuer eine Lenkungsaufgabe zugeteilt würde.
2. Die Energie-Verbrauchssteuern (Mineralölsteuer,

Stromsteuer) sind energielenkende und keine emissionslenkende Steuern. Es liegt nahe, diese Steuern zusammen mit der Umsatzsteuer in die Lenkung der Emissionen einzubinden.

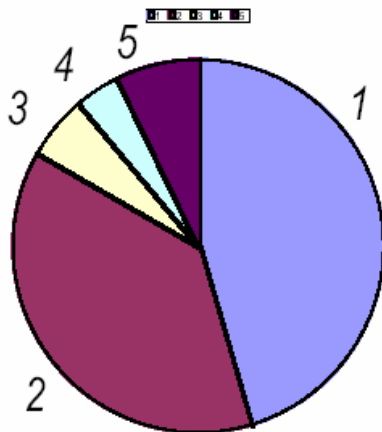
3. Zählt man die Umsatzsteuer und die Energieverbrauchsteuern zusammen, so erhält man als Summe einen Betrag von 183.947 Mill. € das sind 38 % des nationalen Steueraufkommens (siehe Tabelle 1, Position 2 und Diagramm 1, Sektor 2). Diese Summe ist das beispielsweise für die Emissionsminderung verfügbare einnahmenpolitische Lenkungspotential.

Tabelle 1: 2001 Steueraufkommen

	Abgabe Art	%	Mill. €/a
1	Einkommensteuern (soziallenkend)	46	219.304
2	Energie-Verbrauchssteuern (energielenkend) Umsatzsteuern (nichtlenkend)	38	183.947

	Abgabe Art	%	Mill. €/a
3	Nicht-Energie-Verbrauchssteuern (lenkend)	5	26.387
4	Landessteuern	4	19.628
5	Gemeindesteuern	7	34.399
	Steueraufkommen	100	483.665

Diagramm 1: 2001 Steueraufkommen



4. Die Bundesregierungen haben diesen marktkonformen einnahmenpolitischen Lösungsansatz noch nicht verfolgt. Es steht jedoch keine andere Möglichkeit mit einem auch nur annähernd so günstigen Nutzen-Kosten-Verhältnis und einer so weitgehenden und nahezu kostenfreien Erfassungsmöglichkeit und minimalem Datenaufkommen zur Verfügung.

5. Ein beachtlicher Rationalisierungsvorteil kommt noch hinzu. Die ökologisch voll wirksame Emissionssteuer wird fünf in der ökologischen Wirksamkeit mangelhafte Steuern bzw. Abgaben ersetzen:

- Umsatzsteuer
- Mineralölsteuer
- Stromsteuer
- Erneuerbare-Energie-Abgabe
- Kraft-Wärme-Kopplungs-Abgabe

7. Nach Ablösung der Energieverbrauchssteuern und der Umsatzsteuer sind neben den Bagatellsteuern nur noch drei große Steuern zu unterscheiden, von denen jede einen unabhängigen Finanzregelkreis bildet (Siehe „Motorkraft Heft 11/4, Juli 1999, Beitrag 8 – Umweltpolitik in Regelkreisen).

- Die Emissionssteuer regelt die Umweltbelastung. Eine staatlich für jede Emission (z. B. Stickoxide) zulässige nationale Größe wird als Jahres-Sollwert (z. B. 250.000 t/a) vorgegeben und mit dem durch Messungen und Veranlagungen ermittelten nationalen Istwert (z. B. 110.875 t/a) verglichen und der Steuersatz für diese Emission jährlich durch die Exekutive (mit einer von der Legislative

vorgeschriebenen Rechenregel) so festgelegt, dass die erwünschte Annäherung des Istwertes an den Sollwert im Laufe einer disponierten Anzahl von Jahren (z. B. 20) erreicht wird und dann der Istwert von Jahr zu Jahr um den Sollwert pendelt. – Der Steuersatz richtet sich nach der Leistungsfähigkeit der nationalen Wirtschaft und nach der Intensität des bürgerlichen Bedürfnisses nach einer sauberen Umwelt. – Die Emissionsteuer kann eine nach oben unbegrenzte Anzahl verschiedener Emissionen methodisch gleich behandeln, ein klarer Rationalisierungsvorteil gegenüber allen anderen Möglichkeiten.

- Die Einkommensteuer regelt den sozialen Bereich (Ausgleich der Einkommen von Arm und Reich).
- Die noch einzuführende Unternehmenssteuer kann die Bemühungen der Kartellbehörden um die Wettbewerbserhaltung wirksam unterstützen und die ordnungsrechtlichen Maßnahmen auf ein Minimum beschränken.

8. Diese drei Finanzregelkreise werden von einer übergeordneten Leitstelle (Exekutive = Finanzministerium) durch alljährliches Anheben bzw. Absenken der Steuersätze ohne aufwändige und zeitraubende Gesetzesänderungen nach vorgegebenen Regeln geführt. Die Steuersätze verkörpern in der Regel den einzigen Beziehungsstrang, mit welchem ein Finanzregelkreis von außen mit Anpassungsinformationen versorgt wird.

9. Da der einkommenssteuerliche Finanzregelkreis



bereits eröffnet ist, verbleiben beispielsweise 50 % für jeden der beiden noch zu bildenden Finanzregelkreise, das sind 91.974 Mio. € als Potential.

10. Mit der Verabschiedung eines Emissionssteuergesetzes nach dem Vorschlag des BVMKW müssen die Parlamentarier den Umweltschutz für eine oft mehrjährige Zeitspanne nicht mehr in die Hand nehmen.

11. Die politische Weichenstellung in Richtung auf den Emissionshandel ist eine fast ebenso schwerwiegende Fehlentscheidung wie die Subventionierung zum Zwecke der Energieminderung.

- Der Emissionshandel ist der Emissionssteuer quantitativ unterlegen (kann nur die großen Objekte erfassen, die Millionen kleiner Sünder kommen ungeschoren davon).

- Der Emissionshandel ist der Emissionssteuer qualitativ unterlegen (er kann nicht alle chemischen bzw. radioaktiven oder akustischen usw. Umweltbeeinträchtigungen oder sonstige sozialen Störungen ausgleichen).
- Der Emissionshandel ist wirtschaftlich unterlegen (sehr hohe Transaktionskosten). In Dänemark wurde er aus diesen Gründen wieder gestrichen.
- Der Emissionshandel ist markt- und wirtschaftsfremd, weil er nicht preisfixiert, sondern mengenfixiert ist. In der Wirtschaft hat stets der Preis die Entscheidungspriorität. Der Preis wird meist vom Markt vorgegeben. Erst nach Kenntnis des Preises erfolgt die Entscheidung über die Menge.

### ***Soziale Marktwirtschaft gegen schrankenlosen Wettbewerb – wie können Menschenrechte und Schöpfung in der Globalisierung bewahrt werden?***

Unter diesem Titel hielt am 31.08.2003 Josef Göppel, MdB und Beiratsmitglied des FÖS, eine Gastpredigt zum Kommentargottesdienst in der St. Gumbertuskirche, Ansbach:

„Eine Verheißung zieht über den Erdball: Eines Tages werden alle Menschen wohlhabend und glücklich sein. Wie kann das gehen? Alle Grenzen sollen fallen, Güter und Dienstleistungen sollen nur noch dort hergestellt werden, wo sie am günstigsten zu erbringen sind. Dadurch wird alles billiger. Der Welthandel bringt die Segnungen des Fortschritts bis in die hintersten Winkel der Erde. Wirtschaftswissenschaftler sagen, man müsse die Wirtschaft nur laufen lassen und staatliche Eingriffe zurück drängen, dann stelle sich dieser Zustand bald ein. Bis dahin müssten aber noch schwere Opfer gebracht werden, wie Senkung des Lohnniveaus, Abbau von Sozialleistungen und Beseitigung unproduktiver regionaler Versorgungs-

strukturen.

Wer das vertritt? Die Anhänger des neoliberalen Wirtschaftsmodells. Ihre Stichworte heißen Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung und Flexibilisierung. Seit dem Ende des Kommunismus um 1990 hat sich das neoliberale Modell rasant als weltweite Wirtschaftsdoktrin ausgebreitet. Allmählich zeigen sich immer deutlicher verblüffende Parallelen zu den früheren Ideologien. Ferne Heilserwartung und Opfer auf dem Weg dorthin – das hat eindeutig ideologische Züge. Spätestens hier sollten wir misstrauisch werden. Wo ist die Grenze zwischen notwendiger Entschlackung alter Strukturen und Aushöhlung der sozialen Marktwirtschaft?

Die Gesamte Predigt finden Sie unter [http://www.foes-ev.de/downloads/030831\\_gumbertuskirche.pdf](http://www.foes-ev.de/downloads/030831_gumbertuskirche.pdf)

### ***Trittin: Deutsche Strompreise im europäischen Durchschnitt***

[News vwd, 19.09.2003] Bundesumweltminister Jürgen Trittin ist Behauptungen über zu hohe Strompreise in Deutschland entgegengetreten. Trittin sagte am Freitag im ZDF-Morgenmagazin, bei den Strompreisen liege die Bundesrepublik im europäischen Durchschnitt. Die deutsche Stromwirtschaft sei absolut wettbewerbsfähig.

Wenn es dabei Probleme gebe, entstünden sie durch die Monopolisierung von Netzen. Daher werde eine Wettbewerbsbehörde ab 2004 Preistreiberei und Monopolgewinnen einen Riegel vorschieben. Trittin verteidigte die Förderung regenerativer Energien. Die Einspeiseregulungen sorgten dafür, dass 50 Mio. t Klimagase eingespart worden seien.

Der Umweltminister räumte zugleich ein, dass es keine "Überförderung geben dürfe. Die Förderung der Windenergie werde degressiv gestaltet. Es müsse darauf geachtet werden, dass nicht überall beliebig viele Windkraftträder gebaut werden, dafür aber Anlagen an windintensiven Standorten auf dem Meer errichtet werden können. Darauf laufe auch die von ihm angestrebte Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hinaus,

sagte Trittin.

Zufrieden zeigte sich Trittin mit dem Energiegipfel am Donnerstagabend im Kanzleramt. Er sei erfreut, dass die deutsche Industrie erneut zugesagt habe, 45 Mio. t Treibhausgase einzusparen. Durch den Emissionshandel werde dies leichter gemacht. Die Bundesregierung habe ihrerseits die Zusage erneuert, dass sie auf die Selbstverpflichtung der Industrie nicht draufsatteln wolle.

### ***Energiegipfel: Trittin einigt sich mit Unternehmen***

Der Streit um den Emissionshandel ist offenbar beigelegt worden. Nach dem Energiegipfel im Kanzleramt zeigten sich sowohl Bundesumweltminister Jürgen Trittin als auch Unter-

nehmensvertreter äußerst zufrieden mit dem Ergebnis des Gespräches.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,26624,8,00.html>

### ***NABU begrüßt Einführung der Wassersteuer in NRW***

[Pressemitteilung NABU NRW] Die Bedeutung der endlichen Ressource "Wasser" rückte durch die letzten trockenen Monaten mit Sicherheit etwas mehr in das Bewusstsein vieler Menschen, zum sparsameren Umgang mit dem lebenswichtigen Element führte dies jedoch wahrscheinlich eher selten. "Der NABU NRW begrüßt daher ausdrücklich die Kabinettsentscheidung, ein "Wasserentnahmeentgelt" in Nordrhein-Westfalen einzuführen", sagte Josef Tumbrinck, Vorsitzender des Landesverbandes NABU NRW. "Angesichts der prekären Haushaltslage im Umwelt- und Naturschutz fordern wir die Regierung dringend dazu auf, die zu erwartenden Einnahmen für die Finanzierungslücken im Umwelthaushalt 2004/2005 zu verwenden", so Tumbrinck weiter. Hier kämen sie der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlage zugute.

Zudem erhoffe sich der NABU einen lenkenden Effekt auf das Verbraucherverhalten. "Grundsätzlich ist der Weg, die Nutzung von Umweltgütern zu belasten richtig", ist sich der Landesvorsitzende sicher. Zumal sich die Belastung der Verbraucher in Grenzen halte. Ein durchschnittlicher 4 Personenhaushalt würde 188 Kubikmeter Wasser pro Jahr verbrauchen und dafür durchschnittlich 235 Euro bezahlen. Bei Einführung eines Wasserentnahmeentgeltes von 5

Cent pro Kubikmeter entstünde eine zusätzliche jährliche Belastung von rund 9 Euro. Die ließen sich bereits wieder kompensieren, wenn circa 5 Liter pro Person und Tag eingespart würden. "Nicht gerade wenig", gibt Tumbrinck zu. Aber im Prinzip machbar, wie die letzten Jahre gezeigt hätten: So sei der Pro-Kopf-Verbrauch von 1991-1998 von 144 auf 129 Liter gesunken. Dies sei neben verändertem Verbraucherverhalten auf den Einsatz wassersparender Haushalts- und Sanitärtechnik zurückzuführen. Wesentlich mehr Einsparpotenziale gäbe es natürlich im verarbeitenden Gewerbe und im Bergbau. Die Anreize diese auszuschöpfen, würden mit dem Wasserentnahmeentgelt ebenfalls höher.

Eine Vorreiterrolle übernimmt Nordrhein-Westfalen mit der Erhebung der Wassersteuer nicht; in 9 Bundesländern gibt es bereits eine ähnliche Abgabe. So erhebt Baden-Württemberg einen so genannten Wasserpfennig; als nicht zweckgebundene Mittel fließt das Aufkommen hier in den allgemeinen Haushalt. Auch in NRW wird bereits seit Anfang der 1990er Jahre über ein Wasserentnahmeentgelt diskutiert. Bisher wurde die Einführung aber immer wieder verschoben. Dazu Josef Tumbrinck: "Traurig aber wahr - erst knappe Kassen ermöglichen die Einführung eines ökologisch sinnvollen Lenkungsinstrumentes."

### ***Defizite und Chancen in der Debatte zur Gesundheitsreform***

[Gerhard Hübener, FÖS-Interessent 30.09.2003] Erinnerung an eine vergessene UPI-Studie zu

gesundheitlichen Folgeschäden: <http://www.upi-institut.de/UPIBerichte.htm> (Nr.46).

*„Die Parteien sehen die Krise nur als Problem, nicht als Chance... Nahezu alle derzeit diskutierten steuer- und finanzpolitischen Maßnahmen lassen sich auch ökologisch gestalten... Sozialstaatsreform und zukunftsorientierte Umweltpolitik (ließen sich) sehr gut miteinander verknüpfen.“ (Thilo Bode, Greenpeace, in SPIEGEL 40/96)*

Im nächsten Jahr will Rot-Grün über die Weiterführung der Ökosteuerreform beraten. Nachdem schon vor einiger Zeit Verkehrsminister Stolpe gegenüber dem ADAC-Magazin bekräftigt hat, dass es keine weitere Erhöhung der Ökosteuer geben wird („...und wenn Sie mich noch dreimal fragen...“), hat nun auch Umweltminister Trittin die Diskussion im Ansatz abgewürgt: „...zum Signal der Steuerentlastung passt nicht eine Diskussion zur Steuererhöhung“. Hat Trittin vergessen, was zentraler Kern der Ökosteuerreform ist? Dass es nicht um mehr Steuern geht, sondern um andere? Übrigens hat niemand von seinen Parteikollegen oder von den Umweltverbänden diese Position öffentlich gerade gerückt. Stattdessen hat Herrmann Scheer mit seinem Plädoyer für eine ökologische Verwendung der Ökosteuererinnahmen die Argumentation von Trittin bestätigt. Schlechte Zeiten für die eigentlich wichtigste aller Reformen? Oder doch zurück zur ökologischen Mittelverwendung? Es wird Zeit mit diesen Missverständnissen aufzuräumen. Eher dürfte zutreffen, dass die Ökologisch-Soziale (!) Steuer- oder Finanzreform nur dann politisch durchsetzbar ist, wenn sie sich verstärkt um die soziale Seite der Reform kümmert. Gesucht sind Lösungen für die dringend anstehende Reform des Sozialstaates, die quasi nebenbei auch die ökologische Umsteuerung bewältigt.

### Lehrbeispiel Gesundheitsreform

Achtzig Prozent der Kosten im Gesundheitswesen gehen auf chronische Erkrankungen zurück. Und wie der Bonner Sozialwissenschaftler Meinhard Miegel einschätzt, ist die Hälfte aller Krankheiten selbstverschuldet (durch Nikotin- und Alkoholmissbrauch, Übergewicht etc.). Der Bundesverband der Verbraucherzentralen hat kürzlich auf Folgekosten von Übergewicht durch Fehlernährung in Höhe von 7,5 bis 15 Mrd. Euro pro Jahr hingewiesen. Jedes fünfte Kind leidet demnach bereits an Übergewicht.

Die bisherigen Vorschläge zur Motivation von gesundheitsbewusstem Verhalten - Bonusmodelle, Kopfprämie oder Selbstbehalt - setzen nicht an der eigentlichen Wurzel des Übels an: dass Folgekosten von gesundheitsschädigendem Verhalten bisher von allen Versicherten getragen werden. Fehlverhalten wird damit subventioniert, de facto gefördert. Zu allem Überfluss verteuern diese Subventionen noch die Arbeitskosten.

Eine scheinbar „vergessene“ Studie des Umwelt- und Prognose-Instituts Heidelberg hat schon 1998 die Folgekosten ausgewählter risikoreicher Verhaltensweisen (Rauchen, Alkohol, Zucker, Fleisch/tierische Fette, Straßenverkehr) untersucht. In dem Bericht wurden die volkswirtschaftlichen Kosten von Gesundheitsschäden ermittelt und Lösungen zur verursachergerechteren Anlastung vorgeschlagen. (<http://www.upi-institut.de> Bericht Nr. 46)

**Beispiel Nikotinmissbrauch:** Der Studie nach verursachen gesundheitliche Folgeschäden wie Krebs, chronische Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislauf-Störungen etc. jährliche volkswirtschaftliche Kosten in Höhe von 35 Mrd. Euro. Eine Gesundheitsabgabe auf Zigaretten hätte eine Doppelfunktion. Ansteigend über 10 Jahre auf dann 25 Cent pro Zigarette würden im 10. Jahr Einnahmen von 16 Mrd. Euro erbracht werden, bei einem geschätzten Rückgang des Nikotinverbrauchs um 58%.

**Beispiel Straßenverkehr:** Die ermittelten volkswirtschaftlichen Kosten durch Verkehrsunfälle, Atemwegserkrankungen, Allergien etc. liegen bei 30 Mrd. Euro pro Jahr. Die Verfasser schlagen eine wieder über 10 Jahre ansteigende Gesundheitsabgabe auf dann 40 Cent pro Liter Benzin und 55 Cent pro Liter Diesel vor. Mit einem Gesamtaufkommen von maximal 29 Mrd. Euro und einem Vermeidungseffekt von 13%.

Die insgesamt ermittelten zuordenbaren Folgekosten liegen der Studie nach bei ca. 80 Mrd. Euro. Die vorgeschlagenen Gesundheitsabgaben auf Tabakwaren, Alkohol, Zucker, Massentierhaltung, Benzin und Diesel würden nach 10 Jahren ein Aufkommen von geschätzt 55 Mrd. Euro ergeben. Im Gegenzug könnten die Krankenversicherungsbeiträge um mehr als 40% (!) auf dann 8,5% des Bruttolohns gesenkt werden.

### Beziehungsklärung notwendig?

Noch nie war das Klima für Reformen so günstig wie jetzt. Von „Durch Deutschland muss ein Ruck gehen“ bis hin zur „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ reichen die (meist bürgerlichen) Reforminitiativen und Diskussionen. Auffällig dabei ist das Schweigen derjenigen, die vor Jahren die Marktwirtschaft als einen fehlgesteuerten Tanker bezeichnet hatten, der mittels einer Ökologisch-Sozialen Steuerreform auf Kurs gebracht werden sollte. Vergessen? Oder sitzt das Trauma der BILD-Kampagne gegen die Ökosteuer immer noch so tief? Dass die Bundesregierung nicht den Vorreiter für eine Neuauflage der Reform spielen wird, ist angesichts der Umfrageergebnisse noch verständlich. Aber wo bleiben die Umweltverbände und Institute?

Anselm Görres forderte die Teilnehmer der Tagung im UBA auf, in der Öffentlichkeit mehr Selbstbewusstsein zu zeigen. Er bescheinigte der Ökosteuer-Reform, „Sexappeal“ zu haben (was man von den derzeitigen Vorschlägen weder der Bundesregierung noch der Opposition sagen kann). Die UPI-Studie zur Gesundheitsreform zeigt nun beispielhaft, wie elegant notwendige Reformen und ökologische Lenkungswirkung miteinander verknüpft werden könnten (ganz im Sinne von Thilo Bode, siehe o.g. Zitat). Gebt es eine bessere Gelegenheit, der „ungeliebten Ökosteuer-Reform“ eine zweite Chance zu geben? Vielleicht muss aber

auch erst mal eine „Beziehungsklärung“ stattfinden. Ich kann mich an frühere Umfragen erinnern, nach denen die Reform überwiegend positiv bewertet wurde. Wahrscheinlich handelt es sich hierbei eher um eine „enttäuschte“ Liebe, weshalb auch so viele Emotionen bei dem Thema mitspielen. Bei einem solchen „Beziehungstheater“ würde die BILD-Zeitung die Rolle des böswilligen Intriganten übernehmen. Aber wo sind die Freunde, die die enttäuschten „Beziehungspartner“ wieder dazu bringen, miteinander zu reden?

Was übrigens auffällt bei der Debatte, ist das Bedürfnis nach Orientierung, nach Visionen, nach Richtung. Der BASF-Vorstandsvorsitzende meint in einem Interview, Politik müsse eine Vision haben und bezeichnet die Agenda 2010 als „Reparaturprogramm 2003“. Der Berliner „Tagesspiegel“ vergleicht Schröders Richtungslosigkeit mit der Visionskraft eines Willy Brandt und schreibt: „Was aber wäre, wenn hinter allen Reformanstrengungen eine übergreifende Idee gar nicht existiert? Nicht bei Rot-Grün- und auch nicht bei der Opposition. Dieser Verdacht nährt schon heute die mehr als nötige „Politikverdrossenheit.“ (TS 24.9.03)

Gute Zeiten also für Einstieg in eine neue Diskussion zur Ökologisch-Sozialen (bitte nicht länger unterschlagen. Nomen est omen!) Steuer- oder Finanzreform.

<mailto:gerhardhuebener@web.de>

## 3. ÖFR-DISKUSSION INTERNATIONAL

### *EU: Franz Fischler kürzt Mengen-Subventionen*

[Newsletter [news@sonnenseite.com](mailto:news@sonnenseite.com), 28.09.2003] Der EU-Landwirtschaftskommissar will, dass Landwirte in Europa tierfreundlicher und umweltfreundlicher produzieren. Deshalb soll die Förderung bei Tabak, Baumwolle, Olivenöl und Zucker eingeschränkt werden.

Franz Fischler sprach von "Beginn einer neuen Ära". Mehr "Klasse als Masse" ist nicht nur das Motto von Renate Künast, sondern auch von Franz Fischler.

Tabakpflanzer sollen nicht mehr nach Mengenproduktion, sondern nur noch "pauschal" finanziell unterstützt werden. Das würde zu geringeren

Anbaumengen führen. Tabakbauern müssten auf andere Erzeugnisse umsteigen. Fischler machte auf "bisherige Widersprüche" in der EU-Förderpolitik aufmerksam: Einerseits macht die EU eine aufwendige Anti-Raucher-Kampagne und andererseits fördere sie mit Milliarden-Summen den Tabakanbau. Dieser Unsinn muss aufhören.

Auch beim Anbau von Olivenöl und Baumwolle sowie beim Zuckermarkt sollen die Brüssler Zuschüsse von den Mengen des Anbaus "entkoppelt" werden. Das wäre auch endlich ein Zugeständnis an die Entwicklungsländer, die bisher Probleme hatten, ihre preiswerteren landwirt-

schaftlichen Produkte in den reichen Ländern zu verkaufen.

### ***Großbritannien: Kommission fordert ökologische Reform des Flugverkehrs***

[News Nachhaltigkeit 20-03, 02.10.2003] Airlines und Luftfahrtindustrie sollen künftig für die ökologischen und sozialen Schäden, die der Flugverkehr verursacht, in die Verantwortung genommen werden. Passagiere sollen für ihr Ticket Preise bezahlen, die die externen Kosten durch Lärm, regionale Luftverschmutzung, Treibhausgasemissionen und Flächenverbrauch wieder spiegeln: Mit klaren und scharfen Forderungen an die britische Regierung hat sich die Commission for Integrated Transport (CfIT) in die Debatte um Umwelt- und Gesundheitsschäden durch den stark wachsenden Flugverkehr eingeschaltet.

Nur durch "eine radikale Reform", betonen die Autoren in einem neuen Report, könnten Airlines, Industrie und Passagiere mit den negativen Auswirkungen des Fliegens konfrontiert werden. In Großbritannien hat sich die Zahl der Flugpassagiere in den vergangenen 20 Jahren mehr als verdreifacht, Prognosen gehen von einem weiteren jährlichen Zuwachs von vier bis fünf Prozent aus. Im Auftrag der britischen Regierung untersuchte

die Kommission, wie Flugzeugindustrie und Airlines mit den steigenden externen Umwelt- und Gesundheitskosten umgehen sollen.

Eine zentrale Rolle im Report spielen die klimaschädlichen Abgase der Flugzeuge. 1990 lag der Anteil des Flugverkehrs an den anthropogenen Treibhausgasemissionen weltweit bei rund 3,5 Prozent. Bis zum Jahr 2050, so schätzen die Autoren, könnte dieser Anteil auf 15 Prozent wachsen. Allein die Kosten durch Klimaschäden, die die britische Luftfahrt weltweit verursacht, beziffert die Studie auf 2,2 Milliarden Dollar jährlich. Um die Kohlendioxid-Emissionen einzudämmen, schlägt der Report vor, ein internationales System für einen Handel mit CO<sub>2</sub>-Emissionen des Flugverkehrs aufzubauen und die Treibhausgase der Flugzeuge auch in den britischen Emissionshandel mit aufzunehmen. Der Handel mit Kohlendioxid aus Flugzeugen wäre allerdings ausgesprochen kostspielig: Den Preis pro Tonne Kohlenstoff beziffern die CfIT-Experten auf 110 Dollar.

### ***Frankreich plant ab 2004 Ökosteuer von 2,5 Cent pro Liter Pkw-Diesel – Nutzung der neuen Option der EU-Energiesteuer***

[AFP-Tickermeldung, 15.09.2003] Frankreichs rechts-bürgerliche Regierung will ab 2004 eine Ökosteuer auf Pkw-Diesel einführen. Premierminister Jean-Pierre Raffarin sprach sich am Montag in Paris für eine „leichte Anhebung“ der Dieselsteuer aus, deren Einnahmen ausschließlich in die Finanzierung des Eisenbahnnetzes fließen sollen. Umweltministerin Roselyne Bachelot sagte, Diesel für Privatautos solle durch eine moderate ökologische Steuererhöhung; um „sehr wahrscheinlich“ 2,5 Cent je Liter teurer werden. Dies solle dem Staat zusätzliche Einnahmen von „500 bis 800 Millionen Euro“ bringen (Damit würde eine Option der neuen EU-Energiesteuer, die Steuersatzdifferenzierung zwischen privat und gewerblich genutzten Diesel erstmals genutzt werden [die Redaktion]).

Nach Angaben von Raffarin-Vertrauten soll die Steueranhebung im kommenden Januar in Kraft treten, sofern das Parlament ihr zustimmt. Der Regierungschef selbst betonte bei der Vorstellung eines Aktionsplans „Sauberes Auto“, bereits die im vergangenen Jahr abgelöste Pariser Linksregierung habe eine Politik höherer Dieselsteuern vertreten. Damit sollten die Steuervorteile für Dieseltreibstoff gegenüber Benzin abgebaut werden. Derzeit kostet Diesel an den Tankstellen des Landes rund ein Viertel weniger als Superbenzin. In Frankreich stehen Dieselautos für rund zwei Drittel aller Pkw-Neuzulassungen. Wegen des Ausstoßes von Russteilchen gelten sie als umweltschädlicher; viele Hersteller bieten inzwischen aber so genannte Partikelfilter an.

### ***Stromspar-Fonds Basel ist ein Erfolg***

[Pressemitteilung Baudepartement des Kantons Basel-Stadt, 10.09.2003] Vor vier Jahren wurden

im Kanton Basel-Stadt erstmals in der Schweiz Elemente einer ökologischen Steuerreform

eingeführt. Das Bundesamt für Energie und das Basler Baudepartement haben eine Studie in Auftrag gegeben, welche die Wirkungen des Systems überprüfen soll. Die Lenkungsabgabe auf Strom, verbunden mit der vollumfänglichen Rückerstattung an Haushalte und Firmen, wird als Erfolg gewertet.

Energieabgaben standen in der Vergangenheit auf eidgenössischer Ebene immer wieder im Zentrum von kontroversen politischen Diskussionen. Walter Steinmann, Direktor des Bundesamtes für Energie, meinte an einer Medienorientierung sogar, sie seien eigentliche „Sisyphus-Vorlagen“. Kurz vor dem Ziel scheiterten sie jeweils und man könne wieder von neuem beginnen. Vor diesem Hintergrund erscheine der Stromspar-Fonds Basel geradezu als Erfolgsgeschichte. Basel habe mit der Einführung der Lenkungsabgabe auf Strom und der staatsquotenneutralen Auszahlung der Haushalts- und Arbeitsplatz-Boni einmal mehr eine Vorreiterrolle eingenommen.

Rolf Iten und Stephan Vaterlaus der Büros Infrac und Plaut stellten an der Medienkonferenz als Vertreter des Autorenteam die detaillierten Ergebnisse der Evaluation vor. Ziel der Studie sei gewesen, die direkten und indirekten Wirkungen des Systems "Lenkungsabgabe - Bonus" aufzuzeigen. Die Wirkungen auf Energieverbrauch, Wirtschaft und Gesellschaft zielten in die gewünschte Richtung, unerwünschte Nebenwirkungen (z. B. Substitution der Elektrizität durch fossile Energieträger) seien aus Sicht der Autoren keine zu beobachten.

Die Untersuchung des Vollzugs zeige, dass dieser gut funktioniere und effizient organisiert sei. Einzig die Kommunikation könne verbessert werden. Hier

solle das Augenmerk vermehrt auf die Wirkungsweise des Modells gelegt werden. So wüssten zum Beispiel viele Firmen nicht, dass der Arbeitsplatz-Bonus buchhalterisch als Senkung der Lohnnebenkosten behandelt werden sollte. Die Übertragbarkeit des Modells ist nach Ansicht der Experten sowohl für andere Städte und Kantone, als auch auf eidgenössischer Ebene gegeben.

Die Basler Baudirektorin Barbara Schneider legte zum Schluss Wert darauf, dass die Lenkungsabgabe nicht die einzige energiepolitische Maßnahme in Basel sei, dass sie aber ein wichtiges Zahnrad im Getriebe der Basler Energiepolitik darstelle. Wichtig sei auch, dass man die Vorbehalte und Ängste der Gegner des Stromspar-Fonds widerlegen konnte. Die Evaluation zeige deutlich, dass das Modell bei der Bevölkerung und den Unternehmen eine hohe Akzeptanz genieße, dass das langfristige Potenzial zur Minderung des Stromverbrauchs beträchtlich sei und dass man ein optimales Kosten-Nutzen Verhältnis erreiche. Man wisse nun aber auch, dass es nötig sei, die Mechanismen des Systems noch besser zu kommunizieren.

Das "Basler-Modell" müsse aber kein Unikat bleiben, meinte Schneider weiter. Die Studie zeige, dass es durchaus denkbar sei die Mechanismen in anderen Kantonen und Städten oder auch auf eidgenössischer Ebene einzuführen. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, könnte man auch bei der Einführung einer allfälligen CO<sub>2</sub>-Abgabe von den Basler Erfahrungen profitieren.

Weitere Auskünfte: Marcus Diacon, Leiter Stromspar-Fonds Basel, Amt für Umwelt und Energie, Tel.: 061 225 97 34

### *Portuguese emissions tax to buy Kyoto credits*

[Environment Daily 1523, 03.10.2003] The Portuguese government could introduce taxes on carbon dioxide (CO<sub>2</sub>) and methane emissions and use the revenue to offset the anticipated burden of buying greenhouse gas emission credits in the future emissions market. Portugal is one the countries furthest from meeting their Kioto commitments under the EU's burden-sharing agreement.

Junior environment minister Jos Eduardo Martins told Environment Daily the initiative would "collect revenues to acquire emission credits in the international Kioto market" by applying emissions taxes to

"the sectors not covered by the EU directive on emissions trading".

The most likely form of CO<sub>2</sub> tax would apparently be a resuscitation of the previous administration's plan to increase vehicle registration fees weighted against their polluting potential. A "restructuring" of fuel duties is also under consideration.

Mr Martins said the new taxes would "apply the polluter pays principle across the Portuguese economy" and "induce behaviour change in consumers". They would not "necessarily" increase the burden on the taxpayer, he added.

A report in the Lisbon daily IO Publico/I on Thursday/I indicated that consultations are under way within the government about the introduction of a tax on methane emissions as well. This would chiefly affect cattle farmers, responsible for 54% of methane emissions, and sewage treatment plants,

which produce another 40%. The environment ministry also announced that Portugal's long-delayed climate change plan, which was due for public discussion by the end of this year, may undergo a further revision next year to conform to the requirements of the emissions trading directive.

### *Good News*

[Paul Metz, INTEGeR. Consult] The interview quoted below with minister José Eduardo Martins shows that Portugal is late to consider how to achieve its Kyoto emission reduction target. It is clear that the CO<sub>2</sub>-trade - which will be introduced in the EU by 2005 - covers mainly the industrial and energy supply sectors, and not transport, agriculture and a part of energy use in buildings. For these sectors the EU member states have introduced or are preparing a variety of policy instruments, like efficiency standards and energy/emission taxes.

Some states, like The Netherlands, have already started or are planning to buy CDM/JI-credits in order to meet their Kyoto obligations. These quota are generally paid from the state budget, which means by the tax payers. This practice is not conform the Polluter Pays Principle and will probably

be considered an non-acceptable new subsidy by the European Court in the future. This practice makes it easier to start the emissions trade system: a larger amount of emission allowances is available for the first allocation. Portugal's announcement shows that it plans to do better and follow the Royal Road - apply the Polluter Pays Principle and introduce the CO<sub>2</sub>-tax and methane-tax to pay for the imported CO<sub>2</sub>-allowances. This is a logical combination of the new Kyoto mechanisms with the Environmental Tax Reform, which has been introduced in many countries during the past 15 years. Portugal should, however, not tax the weight of cars, but the fuels according to the carbon content. Very well done to catch up, Portugal, and please tell your colleagues in Brussels!

## 4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER

### *Binswanger: Lob für deutsche ÖSR am Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft*

[Martina Doppelbauer, Praktikantin beim FÖS] Am 11.09.2003 fand im Umweltbundesamt in Berlin eine Veranstaltung zum Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft statt. Die Tagung wurde organisiert von der „Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V.“ in Kooperation mit dem Förderverein Ökologische Steuerreform.

Stiftungsvorsitzende Hans-Joachim Ritter und der damalige Bundeswirtschaftsminister Dr. Werner Müller hatten bereits vor drei Jahren den 12. September zum Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft ausgerufen. Hintergrund einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft ist es, das Wirtschaftssystem so weiter zu entwickeln, dass Umweltschutz, soziale Sicherheit und wirtschaftliche Dynamik in Einklang gebracht werden können. Das zentrale Instrument zur Erlangung verursachergerechter Preise innerhalb der

Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft ist die Ökologische Steuer- und Finanzreform.

Die Redner beleuchteten verschiedene Aspekte einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft, die anschließend in einer Podiumsdiskussion untereinander und mit dem Publikum kontrovers diskutiert wurden.

So sieht die Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. in der bestehenden Ökologischen Steuerreform nach wie vor Mängel. Beispielsweise dürfe die teilweise Finanzierung des Staatshaushaltes nicht mit den Einnahmen aus der Ökosteuer erfolgen und die Großindustrie, die Luftfahrt und die Kohlenwirtschaft nicht weitgehend von der Energiesteuer befreit sein. Im Gegensatz dazu lobte Prof. Dr. Binswanger der Erfinder der ÖSR die Deutsche Bundesregierung, da die deutsche Ökologische Steuerreform seinen Vorstellungen am

nächsten komme. Dr. Görres ging darauf ein, wie schwierig genug es sei, „die Ökosteuer zu verkaufen“, deswegen dürfe es nicht Anhäufungen von Pannen innerhalb der deutschen Regierung geben, wie beim Dosenpfand, der LKW-Maut oder der Diskussionen um die Windenergie. Bei der Ökosteuer handele es sich nicht um eine immerwährende Verteuerung, sondern es winke das „Licht am Ende des Preistunnels – Solarlicht“ – damit müsse mehr geworben werden (die gesamte Rede: [http://www.foes-](http://www.foes-ev.de/downloads/BerlinSOED.pdf)

[ev.de/downloads/BerlinSOED.pdf](http://www.foes-ev.de/downloads/BerlinSOED.pdf))  
Der WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) schlägt vor, Nutzungsentgelte für globale Nutzungsgüter einzuführen. Frau Dr. Michaelis, wissenschaftliche Referentin vom WBGU, stellte diese Entgelte im einzelnen vor. Sven Rudolph, Referent für Wirtschafts- und Finanzpolitik vom BUND, hingegen forderte, die Steuererhöhungen der ÖSR weiterzuführen, um weitere Erfolge durch die ökologische Steuerreform zu erreichen.

Nach Ansicht von Prof. Dr. von Lersner, Präsident a.D. des Umweltbundesamtes, sollen Ökonomie und Ökologie gleichrangig behandelt werden, obwohl diese häufig in Zielkonflikt zueinander stehen. So treffen unter anderem innerökologische

Konflikte aufeinander, wie z.B. der Landschaftsschutz und die Windenergie. „Zum 1.1.2005 unternimmt auch Österreich einige Schritte in Richtung Ökosoziale Finanzreform, wenn auch noch relative bescheidene. Dass diese Schritte möglich wurden, ist weniger ein Verdienst der FPÖ, sondern eine Folge der (am Ende leider gescheiterten) schwarzgrünen Koalitionsverhandlungen.“ so Dr. Riegler, Vizekanzler a.D. Österreichs (ÖVP). Dieser erklärte Ökologische Erfolge auf einer globalen Dimension zu einer neuen Herausforderung für das 21. Jahrhundert. Um diese Erfolge erreichen zu können, müsse man werbend bei anderen Staaten auftreten., so Kai Schlegelmilch vom BMU, der einen Überblick über die Entwicklungen auf EU-Ebene gab (die gesamte Präsentation: [http://www.foes-](http://www.foes-ev.de/downloads/Folien_Kai-Berlin_110903.pdf)

[ev.de/downloads/Folien\\_Kai-Berlin\\_110903.pdf](http://www.foes-ev.de/downloads/Folien_Kai-Berlin_110903.pdf)).  
“Die Zivilisation muss anerkennen, dass Rohstoffe begrenzt sind“, so Dr. Josef Riegler, nur so könne eine Zivilisation der Nachhaltigkeit entstehen. Ansatzpunkte für eine Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft sollten die Weiterentwicklung der WTO, eine neue Ordnung für interne Finanzmärkte und eine faire Besteuerung sein. Diese Durchsetzung erfordert politischen Mut auf nationaler und internationaler Ebene.

### ***Kaminabend zur ÖSR mit CDU/CSU-Vertretern***

[Matthias Seiche, Vorstandsmitglied FÖS] Zu einem „Kaminabend“ über die ökologische Steuerreform traf sich am 10. September der FÖS-Vorstand mit der Arbeitsgruppe Umwelt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Einen Kamin gab es zwar nicht in der gastgebenden Konrad-Adenauer-Stiftung, dafür aber eine offene und ehrliche Gesprächsatmosphäre. Der FÖS-Vorsitzende Dr. Anselm Görres erinnerte an die Enttäuschungen im Herbst 2000, als die Anti-Ökosteuer-Kampagnen der Opposition konstruktive öffentliche Diskussionen fast unmöglich machten. Allerdings erkannte er auch an, dass Edmund Stoiber während des Bundestagswahlkampfes das Thema Ökosteuern weitgehend aussparte und die Union im Falle eines Regierungswechsels zumindest die bestehenden Ökosteuer-Stufen nicht rückgängig machen wollte. Dr. Peter Paziorek, Leiter der CDU/CSU Arbeitsgruppe Umwelt, kritisierte, dass die rot-grüne Regierung ihr Versprechen zur Senkung der Lohnnebenkosten in

den letzten Jahren trotz steigender Ökosteuern nicht mehr eingelöst habe. Es sei Aufgabe der Opposition, auf diese Schwachstellen hinzuweisen. Hauptziel des Gespräches war aber nicht der Austausch alter Argumente, sondern das gegenseitige Kennenlernen. Als erfolgreicher Brückenbauer betätigte sich Josef Riegler, ehemaliger Vizekanzler und Bundesobmann der österreichischen ÖVP sowie FÖS-Beirat. Er hatte bereits vor Jahren das Konzept der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft geprägt und sich für den Vorrang marktwirtschaftlicher Instrumente im Umweltschutz eingesetzt. Er berichtete, dass die konservative österreichische Bundesregierung 2004 den nächsten Schritt in Richtung ökologischer Besteuerung ab 2004 beschlossen habe – eine Nachricht, die bei den deutschen Politikerkollegen auf großes Interesse stieß.

Nach dem konstruktiven Gesprächsverlauf vereinbarten Hans-Joachim Ritter (Vorsitzender der Stiftung für Ökologie und Demokratie), der FÖS-



Vorstand und Peter Paziorek für die CDU/CSU - Koalition, den Dialog bald fortzusetzen.

## 5. BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE

### *Die ökologische Finanzreform als Beitrag auf dem Weg zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft*

[Sven Rudolph, BUND] Beim Übergang von einer sozialen zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft ist eine ökologische Finanzreform ein zentraler Baustein. Mit Blick auf die aktuellen politischen Diskussionen sieht der BUND in diesem Kontext drei Schwerpunktthemen für die nahe Zukunft: Diese sind die ökologische Steuerreform, der EU-Emissionshandel und der Abbau umweltschädlicher Subventionen. Die Ausgestaltung dieser drei aktuell diskutierten Instrumente und die Abstimmung der Instrumente aufeinander stellen eine zentrale Aufgabe für die kommenden Monate dar, der sich der BUND mit eigenen Vorschlägen bereits jetzt gestellt hat.

Die soziale Marktwirtschaft unterscheidet sich von der reinen Marktwirtschaft darin, dass sie in sozialen Leitplanken verläuft. Der Übergang von einer sozialen zu einer ökologischsozialen Marktwirtschaft setzt voraus, dass die Marktwirtschaft nicht nur in sozialen, sondern auch in ökologischen Leitplanken verläuft. Wie diese Leitplanken aussehen müssen, hat der BUND bereits 1996 in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ aufgezeigt.

Gleichwohl handelt es sich nach wie vor um eine Marktwirtschaft, also eine gesellschaftliches Koordinierungssystem, dass im wesentlichen über Preise steuert. Preissteuerung ist demnach ein wesentliches Charakteristikum der Marktwirtschaft. Sie führt im Idealfall zu einer optimalen Allokation knapper Ressourcen in einer Volkswirtschaft. Preise können dieser Aufgabe aber nur gerecht werden, wenn die vollen externen Kosten tatsächlich auch in den Preisen einbezogen, d.h. internalisiert sind. Im Volksmund: Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Dies ist zur Zeit aber nicht annähernd der Fall. Noch immer ist die Nutzung von Umweltgütern zu billig, so dass kein Anreiz zu einem sparsamen Umgang besteht. Wie können wir aber nun zu ökologisch korrekten Preisen kommen?

Die Umweltökonomik schlägt hier vor, ökonomische Instrumente zur Internalisierung der externen Kosten einzusetzen. Diese induzieren einen Preis für die Nutzung von knappen Umweltgütern und erhöhen so die Güterpreise. Dies führt zu einem sparsameren Umgang und im Idealfall zur optimale Allokation der knappen Güter zur besten Verwendung, in der die Preise die tatsächlichen Knappheiten wiedergeben.

Soviel zur Theorie. Mit Blick auf die aktuellen politischen Diskussionen sieht der BUND in diesem Kontext drei Schwerpunktthemen für die nahe Zukunft: Diese sind die Weiterführung der ökologischen Steuerreform, der EU-Emissionshandel und der Abbau umweltschädlicher Subventionen. Die Ausgestaltung dieser drei aktuell diskutierten Instrumente und die Abstimmung der Instrumente aufeinander stellen eine zentrale Aufgabe für die kommenden Monate dar.

### **Die Weiterführung der ökologischen Steuerreform**

Die Ökosteuer war das erste umfassende national eingeführte umweltökonomische Lehrbuchinstrument in Deutschland. Bereits seit Beginn der Diskussion war der BUND eine Protagonist der Debatte und hat mit Professor Binswanger zusammen Mitte der 80er Jahre das Konzept Umweltnutzung verteuern, Arbeit billiger machen formuliert.

Erste Indizien weisen heute darauf hin, dass die ökologische Steuerungswirkung der Ökosteuer durchaus greift. So ist der Kraftstoffverbrauch erstmals in drei aufeinander folgenden Jahren (2000-2002) zurückgegangen, während er vorher stetig gestiegen war. Die Fahrgastzahlen des ÖPNV steigen und der Energieverbrauch geht zurück. Übrigens hat die Ökosteuer auch dazu beigetragen, dass die Rentenbeiträge deutlich weniger stark gestiegen sind. Ohne Ökosteuer lägen sie heute bei 21,2% statt 19,5%.

Die Ökosteuer kann ihre volle Anreizfunktion aber

nur dann vollständig erfüllen, wenn eine langfristige Festlegung auf einen Erhöhungspfad der Umweltnutzungspreise erfolgt, damit sich Konsumenten und Produzenten auf eine langfristige Preissteigerung einrichten und ihre Handlungsweise daran anpassen können. Nur so ist ein langfristig wirkungsvoller Anreiz für den Wandel der Handlungsweisen hin zu einem ökologischeren Verhalten gegeben. Unter diesen Voraussetzungen war das Aussetzen der Ökosteuernerhöhung 2003 äußerst kontraproduktiv, da es die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung erhöhte. Im Koalitionsvertrag ist allerdings eine erneute Diskussion für 2004 vorgesehen, die genutzt werden sollte, um die ökologische Steuerreform voranzutreiben. Der BUND sieht hier folgende Möglichkeiten einer Fortführung der ökologischen Steuerreform:

Wie bereits erwähnt zeigt die Erhöhung der Benzinpreise erste Wirkungen. Weiterhin ist der Verkehrssektor allerdings einer der größten Umweltverschmutzer Deutschlands mit externen Kosten von über 100 Milliarden Euro. Die Mineralölsteuer erbringt dagegen nur 42,5 Milliarden Euro. Zwischen 1970 und 2000 ist der Durchschnittsverbrauch der PKW-Flotte nur um 11% von 9,6l auf 8,5l gesunken, während beispielsweise Kühltruhen um 60% effizienter geworden sind. Derzeit ist der Flottenverbrauch mit 8,7l sogar höher als 1997. Ein wesentliches Ziel muss aber sein, den Flottenverbrauch auf 3 Liter in den nächsten 10 bis 15 Jahren zu senken, was durchaus technisch realisierbar und wirtschaftlich vertretbar ist. Daher ist es sinnvoll, die Benzinpreise weiterhin kontinuierlich zu erhöhen. Der BUND schlägt dafür eine Korridorlösung vor: eine Mindesthöhung von 5 Cent pro Jahr ergänzt um weitere 10 Cent abhängig von der Rohölpreisentwicklung und von der Kraftstoffpreisentwicklung in den Nachbarländern.

Beim Strom sind die Sparanreize noch immer zu gering. Nicht zuletzt liegt dies daran, dass mit der Strompreiserhöhung durch die Ökosteuern eine Strompreissenkung durch die Liberalisierung der Strommärkte einherging. Zahlreiche Verbraucher gehen nach wie vor zu sorglos mit Strom um, obwohl die Stromerzeugung weiterhin erhebliche Umweltprobleme verursacht. Allein für den Stand-by-Betrieb müssen ständig zwei Atomkraftwerke laufen. Ein Informationsoffensive ist hier

notwendig. Einsparungen beim Stromverbrauch sind besonders auch vor dem Hintergrund des Atomausstiegs notwendig, um fossile Ersatzkapazitäten überflüssig zu machen und damit zusätzliche CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verhindern. Eine Weiterführung der Erhöhung der Strompreise um 0,26 Cent/kWh jährlich ist sinnvoll, um auch die finanziellen Anreize zu einem sparsamen Umgang zu erhöhen.

Bei der Gebäudeheizung bestehen ebenfalls noch erhebliche Einsparpotentiale die leicht erschlossen werden können. Der durchschnittliche Energieverbrauch des Gebäudebestandes liegt bei 220 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr. Der gesetzliche Standard für Neubauten liegt bei 70 und moderne Passivenergie-Häuser schaffen sogar 10 Kilowattstunden. Allerdings sind die Investitionszyklen im Bereich der Gebäudesanierung relativ lang. Daher bietet sich eine moderate Ökosteuernerhöhung auf Heizöl von jährlich 2 Cent/l an. Ergänzt werden sollte diese durch Förderprogramme zur Wärmedämmung. Das Wuppertal Institut hat errechnet, dass dadurch bis zu 400.000 Arbeitsplätze im Jahr 2010 entstehen könnten, weil Wärmedämmmaßnahmen sehr arbeitsintensiv sind.

Ergänzend zu bisher bereits bestehenden Energiesteuern sollte aus Sicht des BUND über die Umgestaltung der Grundsteuer in eine Flächennutzungssteuer nach ökologischen Kriterien nachgedacht werden. Unterschiedliche Steuerklassen könnten gebildet werden, je nach Art der Flächeninanspruchnahme. Flankierend muss allerdings auch das Planungsrecht zukünftig verstärkt ökologische Kriterien berücksichtigen.

Da für alle skizzierten Vorschläge weiterhin die Grundidee Ressourcenverbrauch verteuern, Arbeit verbilligen richtig ist, möchte der BUND die Aufkommensneutralität beibehalten. Weiterhin sollte das Aufkommen der Ökosteuern für die Reduzierung der Lohnnebenkosten verwendet werden. Um hier eine größere Transparenz zu gewährleisten könnte auf der Gehaltsabrechnung analog zu den separaten Zeilen zum Solidaritätszuschlag und zur Pflegeversicherung die Ökosteuern-Rückerstattung aufgeführt werden. Dies würde das Verständnis und die Akzeptanz in der Bevölkerung wesentlich erhöhen.

## Ökologisch zielführende Ausgestaltung des EU-Emissionshandel

Ein weiteres umweltökonomisches Instrument, das derzeit in der aktuellen Debatte fast bedeutender ist als die Fortführung der ökologischen Steuerreform ist der EU-Emissionshandel mit Treibhausgasen. Auch hier wird ein Preis für die Nutzung von Umweltgütern – hier der Aufnahmekapazität der Atmosphäre – künstlich kreiert. Unter Anerkennung der begrenzten Aufnahmefähigkeit der Umwelt wird eine Gesamtmenge an geduldeter Umweltverschmutzung festgelegt und Anteilsrechte an dieser Verschmutzung an die Emittenten verteilt, die dann nur emittieren dürfen, wenn sie solche Berechtigungen halten. Können sie nun die Emissionen stärker reduzieren als vorgesehen, dann können sie Emissionsrechte verkaufen. Kaufen müssen sie, wenn sie nicht die Zielvorgaben erreichen. Reduzieren werden diejenigen für die es billiger ist zu reduzieren als zu kaufen, umgekehrt werden diejenigen kaufen, für die die Reduktion teurer ist. So werden Klimaschutzmaßnahmen dort durchgeführt, wo sie am kostengünstigsten sind.

Mit dem Emissionshandel wird ein zumindest in Deutschland bisher neues Instrument eingeführt, dies birgt Chancen und Gefahren. Mit dem Emissionshandel wird ein umweltpolitisch zielgerichtetes und ökonomisch effizientes Instrument eingeführt, das es ermöglichen kann langfristig verbindliche Klimaschutzziele für alle Sektoren festzulegen. Es wird anerkannt, dass es eine absolute Begrenztheit der Tragfähigkeit der Umwelt gibt.

Allerdings besteht ebenso die Gefahr, dass die bisherigen Klimaschutzziele durch bestimmte Ausgestaltungsmerkmale des konkreten EU-Systems aber auch des nationalen Allokationsplans verwässert, Klimaschutzmaßnahmen im Inland vernachlässigt und vorhandener Klimaschutzinstrumente unterminiert werden. Welche Forderungen sind nun an einen sinnvoller Einsatz des Instruments Emissionshandel zu stellen?

Zunächst, so deutet es bereits der Name an, handelt es sich um ein europäisches Klimaschutzinstrument. So ergibt sich der Vorrang für Klimaschutz im Inland bzw. innerhalb der EU. Zudem tragen die Industrieländer eine historische Verantwortung für den Ausstoß von Klimagasen und es existieren nach wie vor hohe, einfach erschließbare Minderungspotentialen in Europa.

Aufgrund der zahlreichen offenen Fragen bei den projektbasierten Kioto-Mechanismen ist die Einbeziehung dieser Mechanismen in den EU-Emissionshandel zumindest bis 2012 nicht sinnvoll. Mindestens muss die Nutzung quantitativ auf 25% der Treibhausgas-Minderungspflichten beschränkt werden. Senkenprojekte, Großstaudämme und große fossile Anlagen dürfen nicht anerkannt werden, da ihr Umweltnutzen hochgradig fragwürdig ist. Allein Projekte in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind akzeptabel.

Die Fixierung anspruchsvoller Klimaschutzziele ist der Kernpunkt eines Emissionshandels. Solche Klimaschutzziele müssen nicht nur für die am Emissionshandel beteiligten Unternehmen, sondern auch für alle anderen Sektoren der Volkswirtschaft fixiert werden. Dies sieht die EU-Richtlinie ohnehin im Rahmen der nationalen Allokationspläne vor. Ziel des EU-Emissionshandels ist die Erfüllung des EU-Kioto-Ziels einer Reduktion der Treibhausgase bis 2008/12 gegenüber 1990 um 8%. Die nationalen Ziele -21% Treibhausgase aus dem Kioto-Protokoll bzw. dem EU-Burden-Sharing und -25% CO<sub>2</sub> aus dem Klimaschutzprogramm bis 2008/12 gegenüber 1990 gelten. Für die deutsche Wirtschaft muss deren Zusage einer Reduktion der CO<sub>2</sub> Emissionen um absolut 45 Millionen Tonnen bis 2010 gegenüber 1998 konsequent umgesetzt werden. Sogar eine Reduktion um 60 Millionen Tonnen wäre nach dem Politikscenario II des Klimaschutzprogramms wirtschaftlich vertretbar. Dieser Beitrag ist notwendig um mittelfristig bis 2020 eine Reduktion von -40% rechtzeitig anzusteuern.

Die von zahlreichen Wirtschaftsvertretern neuerdings geforderten Reserven für die Kompensation des Atomausstiegs, für wirtschaftliches Wachstum etc. müssen unbedingt verhindert werden, da sie zu einer Zielverfehlung führen und dem Klimaschutz schaden. Das Instrument des Emissionshandel birgt genügend Flexibilität, um auf Veränderungen auch ohne Ausweitung der Gesamtzertifikatsmenge reagieren zu können. Mit einer konsequenten Strategie der Stromeinsparung zusammen mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien kann der Atomausstieg auch ohne zusätzliche CO<sub>2</sub>-Emissionen und zu vertretbaren volkswirtschaftlichen Kosten kompensiert werden.

Insgesamt muss bei der Reservebildung äußerst vorsichtig vorgegangen werden. Reserven sind nur in Ausnahmefällen, beispielsweise für Neuemittenten zu gewähren und die Zertifikate für diese Reserven müssen aus der Gesamtmenge generiert werden, stehen also damit anderen Anlagen nicht zur Verfügung.

Bei der Zuteilung der Emissionszertifikate an die Unternehmen muss aus Sicht des BUND unbedingt verhindert werden, dass eine neuer Schutzzaun um die Kohle – beispielsweise durch eine brennstoffspezifisches Benchmarking bei dem eigene Zielwerte für jeden Brennstoff festgelegt und damit die Möglichkeit Emissionsvermeidung durch Brennstoffwechsel zu betreiben behindert wird – generiert wird. Die Privilegierung der Kohle wäre ausgerechnet bei einem Klimaschutz-Instrument ein Sündenfall.

Nicht zuletzt muss dafür Sorge getragen werden, dass der Emissionshandel die bereits existierenden Klimaschutzinstrumente nicht unterminiert, sondern ergänzt. Die Förderung von erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung haben sachlich nichts mit dem EU-Emissionshandel zu tun, da sie innovatives Techniken fördern und zumindest nicht primär kurzfristig dem Klimaschutz dienen. Die Förderung dieser sinnvollen Technobgien muss weiter verstärkt werden.

Komplizierter wird es bei der Ökosteuer. Aber auch hier ist ein Sich-Ergänzen vorstellbar. Der Emissionshandel zielt allein auf die Stromerzeugung und die energieintensive Industrie. Das sonstige Gewerbe, Haushalte und Verkehr sind zumindest zunächst ausgenommen. In diesen Bereichen muss die Ökosteuer weiter wirksam ausgebaut werden. Die Ermäßigungen für das produzierende Gewerbe mindern die Anreize die noch in erheblichem Umfang auch in nicht vom Emissionshandel betroffenen Anlagen vorhandenen Energiesparpotentiale zu nutzen. Beispiel sind hier die Motorentechnik, die Druckluft- und Kälteerzeugung usw.. Diese Potentiale müssen erschlossen werden indem Ausnahmen von der Ökosteuer nur noch für die am Emissionshandel beteiligten Anlagen gewährt werden. Alle anderen Anlagen oder Anlagenteilen müssen den vollen Ökosteuersatz bezahlen, um auch dort Anreize zum sparsamen Umgang mit Ressourcen zu setzen.

### **Der Abbau umweltschädlicher Subventionen**

Das Thema Subventionsabbau steht derzeit besonders aufgrund erheblich Finanzprobleme des Bundesfinanzministers auf der Agenda. Der neue Subventionsbericht zeigt, dass die Subventionen seit 2002 nicht etwa zurückgegangen sondern weiter gestiegen sind. Zwar gibt es einen gesamtgesellschaftlichen Konsens, dass die Subventionen abgebaut werden sollen, aber sobald es konkret wird greift das NIMBY-Syndrom: Not in my backyard! - Reduziert bei anderen, aber nicht bei mir!

Ein schönes Beispiel ist die Geschichte der Diskussion um den Subventionsabbau: Nach dem Koalitionsvertrag von 2002 in dem der Abbau umweltschädlicher Subventionen explizit als Ziel erwähnt wird, hat die Bundesregierung in ihrem Steuervergünstigungsabbaugesetz versucht, zumindest einige umweltschädliche Subventionen wie die Eigenheimzulage, Mehrwertbesteuerung im Flugverkehr zu reduzieren. Bedauerlicherweise scheiterte dieses Gesetz am Widerstand der Opposition. Die Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück legten aufgrund der desolaten Haushaltslage einen Vorschlag vor, alle Subventionen pauschal zu kürzen, was nicht nur eine Kapitulation des politischen Gestaltungswillens, sondern auch bei der Vielzahl der Subventionen und der Komplexität schlichtweg nicht realisierbar ist. Man kommt nicht um eine klare politische Richtungsentscheidung herum. Diese sollte zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung erfolgen und zwar sowohl in ökologischer als auch in sozialer und wirtschaftlicher Perspektive.

Was ist nun das konkrete Problem bei Subventionen? Subventionen verzerren zusätzlich das ohnehin schon zu Ungunsten der Umwelt verzerrte Preissystem und setzten damit staatlich finanzierte Anreize zu umweltschädlichem Verhalten. Bereits dabei werden erhebliche Gelder unnötig ausgegeben. Allein die bedeutendsten umweltschädlichen Subventionen summieren sich zu über 35 Milliarden Euro jährlich auf. Die ökonomische Theorie weist aber darauf hin, dass eigentlich viel schlimmer als die direkt für die Subventionen ausgegebene Finanzmittel die allokativen Verzerrungen in der Volkswirtschaft sind. Knappe Güter werden nicht zu derjenigen Verwendung geführt, in der sie den größten Nutzen

stiften. Oder politisch formuliert, nicht-nachhaltige Entwicklungspfade werden gefördert und der notwendige Strukturwandel wird gebremst.

Um das Problem zu lösen hat der BUND daher in seinem Subventionsdossier Vorschläge zum Abbau umweltschädlicher Subventionen gemacht und dabei auch aus sozialpolitischen Gründen Übergangslösungen vorgeschlagen. Welches sind nun die Kernpunkte der BUND Vorschläge?

Der Abbau von Eigenheimzulage und Entfernungspauschale sind sogar in der Haushaltsplanung des Bundesfinanzministers vorgesehen, was durchaus seine Berechtigung hat. Neben der erheblichen Belastung des Bundeshaushalts fördern Eigenheimzulage und Entfernungspauschale aus ökologischer Sicht zusammen die Verödung von Innenstädten und die Zersiedelung. Intensiver Flächenverbrauch und zusätzlicher Verkehr sind die Folgen, zwei Umweltprobleme die heute zu den gravierendsten zählen. Gerade der Verkehr und der Neubau von Wohneinheiten entfalten ihre negativen Umweltwirkungen und ihre sozial problematischen Effekte in Deutschland trotz zahlreicher Maßnahmen bis heute in nahezu ungebremsstem Ausmaß. So werden in Deutschland täglich 117 Hektar Fläche verbraucht. Mit der Versiegelung von Flächen durch Verkehrsinfrastruktur und Neubauten auf der grünen Wiese gehen gravierende, überwiegend irreversible Schädigungen der ökologischen Funktionen des Bodens einher. Hinzu treten die erheblichen Umweltwirkungen des Verkehrs: Neben Lärmbelastungen und direkt gesundheitsgefährdenden Emissionen trägt der Verkehr mit einem Anteil von ca. 20% an den Kohlendioxidemissionen in Deutschland maßgeblich zum Klimawandel bei. Neben den ökologischen Auswirkungen sind diese beiden Subventionen auch aus sozialpolitischer Sicht nicht länger zu rechtfertigen, denn die Eigenheimzulage hat ihre Grundlage aufgrund eines erheblichen Wohnungsleerstandes verloren und die Entfernungspauschale entlastet wegen ihrer einkommensabhängigen Ausgestaltung Geringverdiener ohnehin erheblich weniger als Bezieher hoher Einkommen.

Der BUND ist der Meinung, dass die Entscheidung über Wohn- und Arbeitsstätte hochgradig privater Natur sind und dass es nicht die Aufgabe des Staates ist, die immer weiter werdenden Wege

zwischen Wohnort und Arbeitsplatz mit ihren sozialen und ökologischen Folgen zu subventionieren. Der BUND fordert daher langfristig eine Abschaffung beider Subventionen. Kurzfristig können Übergangslösungen in Form einer deutlich abgesenkten einkommensunabhängigen Pendlerzulage und Förderprogrammen für die Altbausanierung statt Förderung von Neubauten auf der grünen Wiese umgesetzt werden.

Neben diesen bereits im Haushaltsentwurf vorgesehenen Reformen sind allerdings auch weitere Schritte notwendig um den Finanzhaushalt auf einen ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Entwicklungspfad zu bringen. Die Dieselsteuer-Ermäßigung ist eine solcher Fall. Normalbenzin wird derzeit mit rund 65 Cent, Diesel mit 47 Cent besteuert. Nach einer Studie des Umweltbundesamtes sind aber die Emissionen aus Dieselkraftstoff 18mal krebserregender als bei Normalbenzin. Der BUND sieht bei solch nachteiligen gesundheitlichen Wirkungen keinen Grund, warum Dieselkraftstoffe gegenüber Normalbenzin steuerlich mit mehr als 18 Cent pro Liter subventioniert werden soll. Eine abgestufte Angleichung der Dieselsteuer an den Steuersatz von Normalbenzin über 6 Jahre ist daher sinnvoll und auch wirtschaftlich vertretbar.

Auch die Steuerbefreiungen im Luftverkehr sind aus umweltpolitischer Sicht katastrophal. Die Emissionen des Flugverkehrs schädigen unser Klima 2 bis 4 mal so stark wie bodennahe Emissionen, weil sie in sehr großer Höhe abgegeben werden. Eine Steuerbefreiung wie sie derzeit bei der Mehrwertsteuer in der grenzüberschreitenden Personenbeförderung und der Kerosinsteuer Anwendung fördert eine Verkehrsmittel über Gebühr, das erhebliche negative Umweltwirkungen aufweist. Der BUND setzt sich daher für eine Aufhebung der Mehrwertsteuerbefreiung und für die Einführung einer nationalen Kerosinsteuer ein. Gerade letztere ist durch die neue EU-Energiesteuerrichtlinie erst möglich geworden. Bei grenzüberschreitenden Flügen sind für eine Kerosinsteuer bilaterale Abkommen mit den jeweiligen Ländern notwendig, die mittelfristig angegangen werden sollen. Eine weitere steuerliche Förderung eines ökologisch fragwürdigen und ohnehin expandierendes Verkehrsmittels ist aus Sicht des BUND nicht zu

verantworten.

Ein weiteres auch durch die Diskussionen um die zukünftige Energiepolitik zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium wieder verstärkt in die Tagespolitik gerückte Thematik sind die Steinkohlesubventionen. 30 Prozent aller Subventionen des Bundes für die gewerbliche Wirtschaft gehen auf das Konto der Steinkohle. Wir fördern zu Kosten von 160 Euro pro Tonne in Deutschland Steinkohle, die wir für rund 45 Euro auch am Weltmarkt beziehen können. Ein besonders auffälliges Beispiel für die Fehllenkung von Ressourcen und das Bremsen eines notwendigen Strukturwandels. Die Steinkohlesubventionierung begünstigt einen ökologisch und ökonomisch nicht zukunftsfähigen Wirtschaftszweig. Gelder die dort verwendet werden könnten in den Aufbau zukunftsträchtiger Arbeitsplätze in anderen Branchen wie den erneuerbaren Energien investiert werden. Das UBA hat erst im Juli diesen Jahres gezeigt, wie die Gelder sinnvoller verwendet werden können und damit nicht nur CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart, sondern auch neu Arbeitsplätze generiert werden können. Der BUND hält daher das vollständige Auslaufen der Steinkohlesubventionierung bis 2010 für ökologisch, wirtschaftlich und sozialpolitisch geboten. Ein Forderung, die auch der Nachhaltigkeitsrat stützt. Es sollten nicht noch einmal, wie Wirtschaftsminister Clement vorschlägt, 15 Milliarden Euro zwischen 2006 und 2012 in eine nicht zukunftsweisende Technologie zu pumpen.

Häufig wird das Argument vorgebracht, ein anspruchsvoller und selektiver Subventionsabbau

wäre politisch nicht durchsetzbar, da der Bundesrat sich dagegen stellen würde. Tatsächlich handelt es sich bei der Eigenheimzulage, der Entfernungspauschale und der Mehrwertsteuer im grenzüberschreitenden Luftverkehr um Subventionen, zu deren Reform die Zustimmung des Bundesrates notwendig ist. Allerdings können die Dieselsteuer-Angleichung, die Einführung einer nationalen Kerosinsteuer, das Auslaufen der Steinkohlesubventionierung und nicht zuletzt die Ausnahmetatbestände bei der Ökosteuer, die ja letztendlich ebenfalls eine Subvention darstellen und auf die ich im Rahmen der Ausführungen zur Ökosteuer und zum Emissionshandel schon eingegangen bin auch ohne Zustimmung des Bundesrates durchsetzen. Hier ist also allein der Gestaltungswillen der Bundesregierung gefragt.

### Fazit

Das hier vorgestellte Maßnahmenpaket aus der Weiterführung der Ökosteuer, der zielführenden Nutzung des EU-Emissionshandels und dem zügigen Abbau umweltschädlicher Subventionen kann bei geeigneter Ausgestaltung ein wesentlicher Teil einer ökologischen Finanzreform sein. Weitere Schritte sind durchaus denkbar. Der BUND wird sich in der Zukunft weiter aktiv an den Diskussionen um eine ökologische Finanzreform beteiligen und eigene Vorschläge einbringen. Nur mittels einer umfassenden ökologischen Finanzreform kann die Wirtschafts- und Finanzpolitik auf den Pfad ökologisch, sozial und ökonomisch einer zukunftsfähigen Entwicklung gebracht werden.

## 6. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND

### *Ermäßigte Mehrwertsteuer auf arbeitsintensive Leistungen - Modell mit Zukunft?*

[Martina Doppelbauer, Praktikantin beim FÖS] Wegen der hohen Belastung des Faktors Arbeit durch Lohnzusatzkosten und Steuern wird schon seit Jahrzehnten häufig auf Schwarzarbeit ausgewichen (Neben der Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen). Je arbeitsintensiver eine Dienstleistung ist, desto eher greift der Konsument auf Selbstversorgung oder Schwarzarbeit zurück,

um den Mehrkosten zu entgehen. Zunächst gab es in der ersten Hälfte der 80er Jahre eine Diskussion im Deutschen Handwerk, dass es in Phasen der Rezession besonders wichtig sei, die Bekämpfung der Schattenwirtschaft voran zu treiben, um somit Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor zu sichern. Dies sollte nicht nur durch eine Senkung der Personalzusatzkosten erreicht werden, sondern auch

durch alternative Entlastungsmöglichkeiten, wie die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf arbeitsintensive Dienstleistungen. Da sich in den Folgejahren die wirtschaftliche Situation (weniger Arbeitslosigkeit, weniger Schwarzarbeit) in Deutschland rasch besserte, rückte die Diskussion zunächst in den Hintergrund. Erst als sich Mitte der 90er Jahre die Lage wieder änderte und die rasch ansteigende Arbeitslosigkeit in ganz Europa Hauptthema geworden war, mischte sich die Europäische Kommission in das Thema mit ein. Der Zentralverband des Handwerkes hat auf einer Tagung die Erfahrungen mit einem ermäßigten Satz für arbeitsintensive Dienstleistungen anderer EU-Staaten vorstellen lassen.

Arbeitsmarktpolitische Überlegungen und steuersystematische Erwägungen führten dazu, dass der Europäische Rat am 22. Oktober 1999 eine Richtlinie annahm, die den Mitgliedsstaaten erlaubte, eine Mehrwertsteuerermäßigung auf arbeitsintensive Dienstleistungen für drei Jahre zu erproben. Diese Richtlinie wird seit dem 01.01.2000 von neun Mitgliedsstaaten (ohne Deutschland) angewandt. Die Mitgliedsstaaten müssen einen Bericht ihrer Ergebnisse vorlegen, damit die Europäische Kommission die Auswirkungen auf Arbeitsplätze untersuchen kann. Die Anzahl Beschäftigter sollte steigen, wenn sich die Mehrwertsteuer auf die Endpreise auswirkt und somit Nachfrage und Angebot erhöht.

Laut Bericht der Kommission haben die Mitgliedsstaaten bei Preisvergleichen festgestellt, dass die Mehrwertsteuerermäßigung nie in vollem Umfang auf Verbraucherpreise übertragen wird. Häufig nutzen die "Dienstleister" einen Teil der Ermäßigung zur Erhöhung ihrer Gewinnspanne. Außerdem begann die versuchsweise Anwendung der Ermäßigung zu einem Zeitpunkt, als bereits mehrere Jahre stetigen Wirtschaftswachstums mit sinkenden Arbeitslosenquoten und Inflationsraten zu verzeichnen waren. Somit war nicht sichtbar, ob die Preise wegen der Auswirkungen des Wirtschaftswachstums oder der Mehrwertsteuerermäßigung sanken. Für die Kommission ist es schwierig, die Bewertung der Mehrwertsteuerermäßigung zusammenzufassen, da die Mitgliedsstaaten verschiedene Methoden anwenden, um die Auswirkungen zu beurteilen. Auf Grund der verschiedenen Berichte der Mitgliedsstaaten bleibt eine Mehrwert-

steuerermäßigung weiterhin umstritten. Empirische Studien in einzelnen Mitgliedsstaaten zeigen laut Kommission, dass die Senkung der Mehrwertsteuer keine sehr wirksame Maßnahme zur Förderung der Beschäftigung und der Steigerung des Bruttoinlandsprodukt und angesichts wirtschaftlicher Effizienz mit vergleichsweise hohen Kosten verbunden ist. Eine Alternative zur Nutzung der Budgetreserven wäre in diesen Fällen besser genutzt durch eine Senkung der Lohnnebenkosten oder eine finanzielle Unterstützung der Schaffung von Arbeitsplätzen. Außerdem bleibt es für die Mitgliedsländer weiterhin schwierig, die Schattenwirtschaft zu beurteilen. In diesem Bereich kann also nur auf Hypothesen zurückgegriffen werden.

Auf der anderen Seite konnten gemäß den nationalen Erfahrungsberichten, nach dem Testdurchlauf der Mehrwertsteuerermäßigung in Italien und der Isle of Man, sowie in Luxemburg, vor allem im Renovierungs- und Reparatursektor positive Ergebnisse erzielt werden. In den Niederlanden wuchs die Beschäftigung auf Grund der niedrigeren Konsumentenpreise in drei teilnehmenden Industrien zwischen 15% und 20%. Frankreich konnte in seinem der Kommission vorgelegten Bericht vom Oktober 2002 nachweisen, dass durch die Reduzierung der Mehrwertsteuer zwischen 40 000 und 46 000 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Ebenso konnte eine Senkung der Schwarzarbeit durch ein Drittel zusätzlicher Umsätze im legalen Bereich verzeichnet werden.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass eine Mehrwertsteuerreduktion nur Erfolg haben kann, wenn die Ermäßigung sich vollkommen auf die Verbraucherpreise auswirkt und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen. Der Vorschlag der Europäischen Kommission sieht vor, dass die Mitgliedsstaaten zum 1. Januar 2004 dauerhaft vom ermäßigten Mehrwertsteuersatz unter anderem im gesamten Wohnungsbau- und Gebäudereinigungsbereich Gebrauch machen können. Insbesondere Frankreich drängt vehement darauf, weil die Regelung sonst 2003 ausläuft. Diesbezüglich soll in den kommenden Tagen vom Finanzministerrat eine Entscheidung getroffen werden.

Quellen: Materialien der Handwerkstagung des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks.

### *Ökostrom ist kein Subventionsloch*

[Newsletter [news@sonnenseite.com](mailto:news@sonnenseite.com), 31.08.2003] Vehement weist die Ökostrombranche Subventionsvorwürfe von Wirtschaftsminister Clement von sich. Johannes Lackmann, Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE).

"Die Vergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz zahlen die deutschen Stromkunden, die den Strom auch verbrauchen. Der Staat zahlt dazu keinen Pfennig. Wenn der deutsche Wirtschaftsminister weiterhin von Subventionen spricht, ist das eher peinlich."

Demgegenüber würden die deutsche Steinkohle, aber auch Braunkohle, Gas und Kernenergie aus Steuergeldern weit höher subventioniert als allgemein bekannt. Hierzu zählt der BEE beispielsweise die Umweltkosten, die von der Energiewirtschaft verursacht aber vom Staat getragen werden.

Lackmann: "Die Flutkatastrophe im vergangenen Jahr und die Hitzewelle 2003 waren vermutlich schon ein Vorgeschmack auf die kommenden Klimaveränderungen. Klar ist aber, dass die zukünftigen Schäden durch den Verbrauch fossiler Energieträger noch weit höher liegen werden." Hinzu kämen Kosten von aktuell sieben Milliarden Euro für die Sanierung von Kohlegruben, und Eingriffe in den Wasserhaushalt. Gerade in den niederschlagsarmen Gebieten in Ostdeutschland seien für die Braunkohle schon Millionen Kubikmeter Trinkwasser abgepumpt worden, die jetzt fehlen, um einen trockenen Sommer zu überbrücken.

Lackmann: "Zahlt die Stromwirtschaft die Ernteschäden? Nein, stattdessen hat die Bundesregierung der Landwirtschaft Hilfe zugesagt. Wenn die Ruhrkohle AG in absehbarer Zeit dicht macht, werden noch Generationen nach uns die 600 Pumpstationen aus Steuermittele subventionieren müssen, um zu verhindern, dass das durch den Bergbau abgesenkte Ruhrgebiet absäuft. Schon jetzt zwingt man die Gemeinden am Niederrhein, ihre Deiche zu erhöhen, weil der Bergbau die Dörfer unter den Grundwasserspiegel abgesenkt hat. Ganz zu schweigen von den über

200 Ortschaften mit über 20.000 Menschen, die in Deutschland bisher für den Kohletagebau platt gemacht wurden."

Der BEE berechnet als Untergrenze der subventionierten, so genannten externen Kosten mindestens 35 Mrd. Euro pro Jahr. Hinzu kämen bis zum Ausstieg die externen Kosten für die Kernenergienutzung, die im Falle eines Unfalls jedes erdenkliche Maß überschreiten würden.

Diese externen Kosten fallen bei umweltfreundlichen, erneuerbaren Energieträgern nicht an. BEE-Präsident Lackmann: "Somit spart jeder Cent, der heute für Energie aus Wind, Sonne, Biomasse, Wasser und Erdwärme gezahlt wird, dem Staat und der Öffentlichkeit deutlich mehr ein."

Damit aber auch die Kosten für die erneuerbaren Energien gering gehalten werden, erfolgt die Vergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) an den realen Betriebskosten orientiert und degressiv. Jedes Jahr sinken beispielsweise die Vergütungen für neue Windkraftanlagen um 1,5 % plus Inflation (seit 1990 insgesamt um 60%). "Die Differenzkosten gegenüber den aktuell stark steigenden Preisen für konventionellen Strom werden also jedes Jahr geringer und nicht höher", so Lackmann.

Den Widerstand der großen deutschen Energieversorger gegen den Ökostrom erklärt BEE-Präsident Lackmann mit deren eigennützigem Motiven: "Innerhalb von drei Jahren hat die etablierte Stromindustrie vier Prozent Marktanteil an die mittelständischen Anbieter von Strom aus erneuerbaren Energien verloren. Diesen Trend wollen sie natürlich stoppen. Es wäre allerdings gut, wenn der Wirtschaftsminister endlich nicht nur die Großindustrie im Auge hätte, sondern auch Umweltschutz und den Mittelstand. Bis heute sind im Bereich der erneuerbaren Energien 130.000 Arbeitsplätze entstanden, die von Clement jetzt leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden."

Weitere Informationen: Bundesverband Erneuerbare Energien <http://www.bee-ev.de/> und <http://www.bmu.de/>

### *Bundesverband für Umweltberatung besorgt über die Mobilitätsentwicklung*

[B.A.U.M.-@-News Nr.34, 25.09.2003] Die bisher bundesweit größte Erhebung zum

Mobilitätsverhalten der Deutschen brachte es deutlich an den Tag: Die Nutzung des privaten



PKW ist weiter auf dem Vormarsch. Über 60% aller Wege wurden mit dem Auto zurückgelegt und nur bei 8% wurden Busse und Bahnen genutzt. Trotz drohender Klimakatastrophe, Ozon- und gesundheitlichen Belastungen durch den Schadstoffausstoß wird länger, häufiger und insbesondere weiter gefahren und das hauptsächlich in der Freizeit. Diese Entwicklung sieht der Bundesverband für Umweltberatung (bfub) e.V. gerade unter dem derzeitigen Trend des Abbaus von Umweltberatungsstellen in Kommunen, Ländern, Vereinen und Verbänden in diesem Bereich äußerst kritisch. Umweltberatung als vorbeugender Umweltschutz ist wichtiger denn je. Gemeinsame Lösungen zu finden, die ökologisch und ökonomisch vertretbar sind, muss das Ziel der Beteiligten im Sinne der Nachhaltigkeit sein. Der bfub e.V. fordert die Politik in Bund, Ländern und Kommunen auf, stärker auf die Kommunikation mit

dem Bürger durch die Umweltberatung zu setzen. Über Alternativen wie Erdgas-, Biodiesel-, schadstoffreduzierte oder mit Russfiltern ausgerüstete Fahrzeuge sowie in Zukunft auch Autos mit Antrieb einer Brennstoffzelle müssen den Bürger erreichen. Dies sind Möglichkeiten, um auch bei steigendem Verkehrsaufkommen die Luftbelastungen in den Griff zu bekommen. Einige Großstädte machen aber auch vor, dass es mit weniger Auto geht: In Berlin sind mehr als 40% der Haushalte autofrei. Ebenso wie in Hamburg liegt die wöchentliche Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel bei 53%. In Bremen sind es immerhin noch 46%, wobei dort der Anteil der zurückgelegten Wege mit dem Rad über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Weitere Informationen:

<http://www.umweltberatung.org/>

### ***Zwischenbilanz: Das Pfand wirkt!***

[BMU Pressedienst Nr. 159/03, 12.09.2003] In einer Zwischenbilanz zur Wirkung des seit dem 1. Januar 2003 erhobenen Pfands für Einweggetränkeverpackungen erklärte heute Bundesumweltminister Jürgen Trittin vor Journalisten in Berlin:

Ein halbes Jahr nach Einführung der Pfandpflicht können wir eine positive Zwischenbilanz ziehen. Daten der Gesellschaft für Konsumforschung (siehe [www.gfk.de](http://www.gfk.de)) zeigen einen Zuwachs der Mehrwegverpackungen um 9 Prozentpunkte im ersten Halbjahr 2003 (von 50,2% im Dezember 2002 auf 59,2% im Juni 2003). Das Pfand zeigt also die erwartete Lenkungswirkung. Wer wäre kompetenter, dies zu bestätigen, als die Einweg-Lobby, die in den vergangenen Jahren und in unzähligen Gerichtsverfahren die Lenkungswirkung der Pfandpflicht bestritten hat? Ihre Vertreter beklagen nun die Zuwächse beim Mehrweg. Unübersehbar ist: Seit Einführung des Pfandes sind unsere Parks und Grünflächen sauberer geworden. Die Vermüllung der Landschaft wurde weniger.

#### **Mehrweg sichert Arbeitsplätze**

Das Pfand stützt aber nicht nur ökologisch vorteilhafte Mehrwegsysteme. Es erhält - und schafft - Arbeitsplätze. Erhebungen in den Betrieben, wie sie etwa von der FU Berlin vorgenommen wurden - also nicht

computergestützte Simulationen - belegen: Seit Einführung des Pflichtpfandes sind 14.000 neue Arbeitsplätze in der mittelständischen, arbeitsintensiven Mehrwegbranche entstanden. Davon 2.300 zusätzliche Arbeitsplätze bei den mittelständischen Privatbrauereien, beim Getränke-Facheinzelhandel 4.100 zusätzliche Arbeitsplätze, beim Getränke-Fachgroßhandel 6.300 Arbeitsplätze und bei den Mineralbrunnen weitere 1.700 Arbeitsplätze. Die über Jahre anhaltende Vernichtung von Zehntausenden von Arbeitsplätzen durch den mittels Einweg geführten Verdrängungswettkampf der Grossen gegen den Mittelstand ist gestoppt und ins Positive gekehrt worden. Wenn die Union nun die Aussetzung der von ihrem ehemaligen Umweltminister Klaus Töpfer eingeführten Pfandpflicht fordert, dann bedroht sie 14.000 neu entstandenen Arbeitsplätze. Ab 1. Oktober gilt: Wer Einweg verkauft, muss Einweg zurücknehmen. Viele Verbraucher sind zu Recht genervt, dass die Einwegverpackungen nicht über all, wo Einweg verkauft wird, auch zurück geben werden kann. Der Handel hat darüber rund 400 Mio. Euro Pfandgelder eingenommen, die bis heute nicht an die Verbraucher zurückgeflossen sind. Diese fühlen sich abgezockt. Es entspricht auch nicht dem geltenden Recht. Ab 1. Oktober 2003 muss die Pfandpflicht für Einweg-Getränkeverpackungen rechtskonform umgesetzt

werden. Dann gilt: Wer mit Einweg handelt, muss Pfand erheben. Wer Einweg verkauft, muss Einweg zurücknehmen. Seit 1. Januar 2003 dulden die Behörden die derzeitige Übergangsregelung, die notwendig wurde, weil große Handelskonzerne und Teile der Getränkeindustrie sich geweigert hatten, die Pfandpflicht rechtzeitig umzusetzen. Im Gegenzug hatte die Wirtschaft mir am 20. Dezember 2002 verbindlich zugesagt, bis zum 1.10.2003 die flächendeckende Rücknahme aufzubauen.

Die großen Handelunternehmen haben diese Zusage gebrochen. Auch deshalb gibt es keinen Grund, die geltende Übergangsregelung länger als bis zum 1. Oktober zu dulden.

Doch trotz der Obstruktion der großen Unternehmen gilt: Es wird Rücknahmesysteme geben. Es werden offenbar mehrere Systemanbieter antreten. Das ist in Ordnung. Wettbewerb ist durchaus zu begrüßen. Die Verordnung verlangt allerdings, dass diese Systeme kompatibel sind. Wer sich an einem System beteiligt, der muss gleichartige Verpackungen auch anderer Systeme zurücknehmen. Alles andere wäre ein Verstoß gegen die Verordnung und eine Zumutung für die Verbraucher. Nur bei Verpackungen, für die kein Pfand bezahlt wurde, braucht der Händler natürlich auch kein Pfand zu erstatten. Das gilt z.B. für im Ausland erworbene Dosen.

Einige Abfüller und die großen Discounter werden so genannte "Insel-Lösungen" einrichten, die individuell geformte Verpackungen in den Markt bringen und auch nur diese zurücknehmen. Auch das ist mit der Verordnung vereinbar. Ich kann mir allerdings vorstellen, dass langfristig auch diese "Inseln" zusammenwachsen werden. Das wird der Verbraucher einfordern und der Markt erzwingen.

### **Mehrweg wird gestärkt**

Einige Handelsunternehmen werden zukünftig auf Getränke in Einwegverpackungen verzichten und Mehrweg anbieten. Gegen diese Entscheidung hat der Bundesumweltminister nichts einzuwenden. Es ist Ziel der Verpackungsverordnung. Denn: Mehrweg entlastet die Umwelt!

Bei einem - ohne die Pfandpflicht unausweichlichen - Zusammenbruch der Mehrwegsysteme wäre mit einem zusätzlichen Abfallaufkommen von 1,2 Mio. Tonnen jährlich zu rechnen. Selbst wenn die heutigen Recyclingquoten

erfüllt werden könnten, würde dies zu einer zusätzlichen Restmüllmenge von mindestens rd. 200.000 Tonnen jährlich und darüber hinaus zu einer Vervielfachung des Problems der Landschaftverschmutzung führen.

### **Ende der europarechtlichen Bedenken**

Mit dem Ende der Übergangsregelung werden auch die Bedenken aus der Europäische Kommission gegen diese ausgeräumt. Keine der nunmehr vorgesehenen Umsetzungsvarianten verstößt gegen Europarecht. Sie sind für inländische und ausländische Anbieter gleichermaßen offen, sie diskriminieren nicht und sie verzerren nicht den Binnenmarkt. Die Vorgaben von Art. 28 des EG-Vertrags und von Art. 7 der Verpackungsrichtlinie sind damit erfüllt. Die Kritik aus den Reihen der Kommission richtete sich im übrigen nicht gegen die Pfandpflicht selbst, sondern ausschließlich gegen die unbefriedigende Übergangspraxis. Die der Pfandpflicht zu Grunde liegende Verpackungsordnung ist europarechtlich notifiziert. Vergleichbare Pflichten gibt es in einer Reihe von EU-Ländern etwa in Schweden und Dänemark.

### **Die Vereinfachung und Beschränkung der Pfandpflicht darf nicht verzögert werden.**

Die Bundesregierung beabsichtigt, mit einer Novelle der Verpackungsverordnung die Pfandpflicht zu begrenzen und zu vereinfachen. Die Novelle zielt darauf, ökologische vorteilhafte Kartonverpackungen und Wein von der Pfandpflicht auszunehmen. Die Pfandpflicht wird künftig an der Verpackung festgemacht und nicht am Inhalt. Dem Verordnungsentwurf der Bundesregierung hat der Bundestag zugestimmt. Der Entwurf setzt genau die Eckpunkte um, die ich bereits zu Beginn des Jahres mit den Ländern abgestimmt habe. Selbst die CDU-Vorsitzende Frau Merkel hat eine Vereinfachung der Verpackungsverordnung gefordert. Sie wusste wovon sie sprach: Die skurrilsten Unlogiken des geltenden Rechts fallen in Angela Merkels Amtszeit als Bundesumweltministerin. Nach Frau Merkels Recht ist Cola mit Schnaps pfandfrei, Cola pur aber pfandpflichtig, wird bei Mineralwassern danach entschieden, ob kohlesäurehaltig oder nicht. Trotz des selbst erkannten und geforderten Bedarfs nach Vereinfachung und Begrenzung haben die CDU-Länder in den Ausschüssen des Bundesrates nun eine Vertagung der Novelle vorgeschlagen.

Sollte sich die Bundesratsmehrheit nicht für die Novelle entscheiden, dann bleibt es beim geltenden Recht, das im Jahr 1991 von der damaligen Bundesregierung beschlossen und im Frühjahr 1998 bestätigt wurde. Die Pfandpflicht würde bestehen bleiben, und es zeichnet sich ab, dass ab dem

nächsten Jahr nicht nur Fruchtsäfte in Einwegflaschen, sondern auch Kartons und Wein bepfandet würden. Die Bundesregierung würde eine Begrenzung und Vereinfachung der Pfandpflicht bevorzugen. Die Entscheidung aber liegt nun beim Bundesrat.

### *Windförderung und Kohlesubvention*

In der Süddeutschen Zeitung vom 09.09.2003 schreibt Christopher Schrader in seinem Artikel „Auf der Suche nach dem optimalen Mix“: „So stecken die Befürworter der Windenergie in der paradoxen Situation, dass sie den Ausbau von Kohle-, und den Neubau von Gaskraftwerken fordern müssen - also von Anlagen, die Treibhausgase erzeugen. Umgekehrt müssen die Kohlefreunde auf Windräder und andere Formen regenerativer Energie hoffen, weil es sonst

vollständig illusorisch wird, die Klimaschutzziele zu erreichen. Vor diesem Hintergrund erscheint der aktuelle Streit in der Bundesregierung zwischen den Ministern Wolfgang Clement (Wirtschaft) und Jürgen Trittin (Umwelt) geradezu absurd. Beide rechnen Windförderung und Kohlesubvention gegeneinander. Tatsächlich ist keine der beiden Energiequellen ohne die andere zukunftsfähig - besonders wenn der Atomausstieg die Situation verschärft.“

### *Umweltschutz bei den Konzernen an letzter Stelle:*

[manager magazin 6/03] Das gesellschaftliche Engagement deutscher Konzerne umfasst fünf Bereiche: Kunst, Kultur, Soziales, Wissenschaft und an letzter Stelle Ökologie: Da in der wirtschaftlichen Krise die Sicherheit des

Arbeitsplatzes wichtiger ist und das Thema Ökologie in der Bevölkerung an Beachtung verliert, lässt auch das Interesse der Konzerne nach. Gerade mal 3% ihres Budgets des letzten Jahres gaben die Unternehmen für Umweltschutz aus.

### *Kalte Wintermonate lassen Primärenergieverbrauch im ersten Halbjahr 2003 steigen*

[Pressemitteilung Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Juli 2003] Der Primärenergieverbrauch in Deutschland betrug nach Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen im ersten Halbjahr 2003 rund 248 Mill. t SKE (7270 Petajoule). Das waren 2,4% mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres (Tabelle). Dieser Anstieg ist vor allem auf die kalte Witterung im ersten Quartal dieses Jahres zurückzuführen.

Der **Mineralölverbrauch** war mit insgesamt 88,1 Mill. t SKE im Vergleich zum ersten Halbjahr 2002 unverändert. Dies ist einerseits das Ergebnis eines massiven Anstiegs des Absatzes von leichtem Heizöl (+14%), der durch den gestiegenen Heizbedarf sowie einen deutlichen Rückgang der Heizölpreise im zweiten Quartal ausgelöst wurde. Andererseits war der Verbrauch von Otto- (-5%) und Dieselmotoren (-2%) stark rückläufig.

Der **Erdgasverbrauch** stieg um 9,3% auf 60,5 Mill. t SKE, maßgeblich bedingt durch die im Vorjahresvergleich deutlich kühleren Temperaturen

im ersten Quartal. Eine höhere Erdgasnachfrage verzeichneten sowohl der Haushaltssektor als auch die Industrie und die Kraftwirtschaft.

Der Verbrauch an **Steinkohlen** war im ersten Halbjahr 2003 mit 34,0 Mill. t SKE um 5,7% höher als vor einem Jahr. Ursächlich für diese Entwicklung war vor allem der Anstieg beim Einsatz in der Elektrizitätswirtschaft sowie der höhere Verbrauch in der Stahlindustrie.

Der **Braunkohlenverbrauch** lag im ersten Halbjahr 2003 mit 27,9 Mill. t SKE um 1,4% unter der Menge des Vorjahres. Die Veränderungen sind im Wesentlichen auf die Entwicklung bei den Lieferungen an die Kraftwerke der allgemeinen Versorgung und den Rückgang beim Einsatz zur Veredlung zurückzuführen.

Die Stromerzeugung der **Kernkraftwerke** (30,3 Mill. t SKE) nahm betriebsbedingt um 2,5% ab. Diejenige der **Wasserkraftwerke** ging um etwa 13% zurück, während die der **Windkraftanlagen** um nahezu den gleichen Prozentsatz stieg;

zusammengenommen sank die Stromerzeugung dieser beiden Bereiche um knapp 1%.

Im ersten Halbjahr 2003 wurde mehr Strom ins Ausland geliefert als bezogen, so dass ein

**Exportüberschuss** entstand.

Weitere Bilanzen unter <http://www.ag-energiebilanzen.de>

### ***Merkel: Wir leben von der Substanz***

In Ihrer Rede „Quo vadis Deutschland? - Gedanken zum 13. Jahrestag der Deutschen Einheit“ am 1. Oktober 2003 im Deutschen Historischen Museum, Berlin sagte Frau Merkel: „Wir, das ist die Wahrheit, leben seit langem vor allem von der

Substanz.“ Da hat sie wohl recht, auch wenn sie es diesmal nicht auf die Umwelt bezogen haben mag, trifft es den Kern doch recht gut! Siehe: <http://www.cdu.de/>

## **7. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL**

### ***USA: Neben Klimaschutz jetzt auch klassischer Umweltschutz***

[Newsletter [news@sonnenseite.com](mailto:news@sonnenseite.com), 07.09.2003] In den USA will die Regierung von Präsident George W. Bush offenbar den "Clean Air Act" aushebeln. Damit fällt eine der wichtigsten Umweltschutzregelungen in den Vereinigten Staaten. Nach dem "Blackout" - mehr als 50 Millionen Menschen in den USA und Kanada waren von einem mehrstündigen Stromausfall

betroffen - spielt es offenbar keine Rolle mehr, woher der Strom kommt: Hauptsache er kommt aus der Steckdose. Geht es nach dem Willen der US-Regierung sollen die Betreiber ihre Anlagen fortan erneuern dürfen, ohne gleichzeitig auf den Umweltschutz achten zu müssen. Und mehr Schadstoffe ausstoßen dürfen als zuvor, wie Kritiker befürchten.

### ***DIW: Deutschland schafft Klimaschutzziel nicht***

[Newsletter [news@sonnenseite.com](mailto:news@sonnenseite.com), 28.09.2003] Sechs Jahre nach der Verabschiedung des Kioto-Protokolls sind die meisten Länder weit entfernt von ihren Klimaschutzzielen. Die Regierung Kohl hatte versprochen, gemessen an 1990 bis zum Jahr 2005 mindestens 25 Prozent Kohlendioxid einzusparen. Davon sind bis 2003 erst 18 Prozent geschafft. Allein 2002 stiegen die Emissionen weltweit um vier Prozent. Das hat ein Gutachten der DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) festgestellt. Siehe auch:

<http://www.diw.de/deutsch/publikationen/wochenberichte/docs/03-39-1.html>

Weltweit sind seit 1990 die CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht gesunken, sondern um 20 Prozent gestiegen. Das Kioto-Protokoll sieht vor, dass Deutschland bis 2012 seine CO<sub>2</sub>-Emissionen um 21 Prozent reduziert. Dieses Ziel ist erreichbar, aber auch nur deshalb, weil es ab 1990 einen "Wall-Fall-Profit" in Deutschland gab. Das heißt: durch den Mauerfall mussten in der DDR die schlimmsten

Dreckschleudern, hauptsächlich Braunkohlekraftwerke, schließen. Luxemburg hat seit 1990 um 44 Prozent CO<sub>2</sub> eingespart, England 12 Prozent. Aber 30 Prozent mehr emittieren Spanien, Griechenland und Portugal. Am besten schneiden die Osteuropäer ab: Durch den Zusammenbruch ihrer Wirtschaft haben die Ukraine, Bulgarien, Litauen, Estland 50 Prozent, Russland 30 Prozent und Lettland gar 65 Prozent eingespart. Also: Wenn die Wirtschaft zusammenbricht, geht es der Umwelt besser. Zumindest langfristig wird aber – auch in Deutschland – eine stärkere Reduktion der Treibhausgas-Emissionen notwendig sein. Das erfordert eine entschiedene Ausrichtung der Energie- und Umweltpolitik auf die Verbesserung der Energieproduktivität, einen vermehrten Einsatz emissionsärmerer Energieträger und eine weitaus stärkere Nutzung erneuerbarer Energiequellen.

### *Japan plant Emissionshandel*

[netinform Newsletter: Climate and Energy 09/2003, 19.09.2003] Um seine Treibhausgas-Emissionen bis 2012 um sechs Prozent zu reduzieren, will auch Japan einen Emissionshandel einrichten.

An den Vorbereitungen will das japanische Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie rund hundert Unternehmen beteiligen, unter anderen auch Konzerne wie Toyota Tsusho Corp, NEC Corp, Sony Corp und Nippon Oil. Das berichtet die Nihon Keizai Shimbun.

Das durch ein gemeinsames Komitee ab Oktober zu erarbeitende System werde schließlich dem Ministerium vorgelegt. Dieses lege dann bis Juli nächsten Jahres die Details fest.

Als weitere Initiative investierte kürzlich im

Auftrag der Regierung die japanische Bank JBIC 10 Mio. US\$ in den Prototype Carbon Fonds, der Emissionsgutschriften aus so genannten JI- oder CDM-Projekten aufkauft.

Unabhängig von den Regierungsmaßnahmen zur Erreichung des japanischen Emissionsziels haben Unternehmen bereits individuell Vorkehrungen getroffen, ihre Emissionen zu senken - beispielsweise durch den Kauf von Emissionsgutschriften aus CDM- und JI-Projekten und den Erwerb von Assigned Amounts Units anderer Länder in Form von so genannten "Forwards" (diese stellen eine vertragliche Zusicherung noch zu erbringender Emissionsreduktionen dar).

### *Bush asks OPEC not to hurt US*

[Reuters, Aljazeera, 26.09.2003] One day after OPEC's surprise decision to cut oil supplies, US President George Bush pressed Saudi Arabia and other cartel members not to act in ways that threaten the American economy. The president's highly unusual message to OPEC on Thursday underscored the administration's concerns about the potential impact of higher energy prices on the nation's fragile economic recovery in the run-up to next year's presidential election. "My reaction is that I would hope our friends in OPEC don't do things that would hurt our economy," Bush told reporters at the White House when asked about OPEC's decision, which could raise fuel costs this winter.

#### **Market forces**

White House spokesman Scott McClellan said the administration was consulting OPEC members, who control half the world's oil trade, and asserted that "market forces" should determine oil prices. "Oil prices should be determined by market forces so that we can ensure adequate supplies. Producing and consuming countries both have an interest in ample, affordable energy supplies," McClellan said. "Obviously we have ongoing and regular consulta-

tions with major oil producers around the world and those will continue," he said.

The Organisation of Petroleum Exporting Countries (OPEC) agreed on Wednesday to reduce production for 10 members by 900,000 barrels per day to 24.5 million bpd, effective 1 November. It cited rising inventories, a fall in prices in September and the gradual return of Iraqi crude to the world market.

World oil prices surged more than a dollar after OPEC's decision, with US light crude settling on Thursday at \$28.29 a barrel and London Brent at \$26.81. Analysts said the output pact sent a powerful message that the Saudi-led cartel was determined to defend crude near the top of its \$22-\$28 price target, even at the risk of upsetting Washington.

Riyadh has come under heavy criticism in the US since the September 11 attacks, but won high marks from the Bush administration for opening the pumps before the US-led invasion of Iraq. High-energy prices have emerged as an important election-year issue for Bush, who has seen his approval ratings slide amid growing unrest in Iraq and layoffs at home.

## 8. BUCHBESPRECHUNG

### *Mobilität im Alltag - Warum wir nicht vom Auto lassen*

[Manuela Hager, ehemalige FÖS-Praktikantin] Trotz des Wissens, dass der Autoverkehr die Umwelt gefährdet, ist ein Verzicht auf ein Auto für die meisten weder wünschbar noch möglich. Im Rahmen der "Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftliche Technikforschung Niedersachsen" wurde eine empirische Untersuchung durchgeführt, welche die Veränderungsresistenz der automobilen Lebensweise erörtern will. Das Buch basiert auf dieser Untersuchung, innerhalb derer im Hannoverschen Raum 60 Haushalte befragt wurden. Dabei wurden ausschließlich Familien ausgewählt, sowohl Innenstadtbewohner als auch Stadtrandbewohner bis zu Dorf- und Kleinstadtbewohnern mit überwiegend weiten Alltagswegen und schlechter Verkehrsanbindung an öffentliche Verkehrsmittel.

Die Gründe des Autofahrens wurden in vielfacher Hinsicht hinterfragt: Zum einen wurden verschiedene Phasen familiärer Lebensweise von der Geburt des Kindes über die Schulzeit bis zu ihrer automobilen Sozialisation hinterfragt. Zum anderen wurden das Argument des Zeitgewinns bei der Verkehrsmittelwahl und die Erziehungsziele der Eltern berücksichtigt, ebenso Aspekte der Erwerbsarbeit, des Fernurlaubs und die Wirkung der so genannten "Ökomoral". Insgesamt ergibt sich ein umfassendes Bild familiärer Mobilität, das vielen sicherlich aus dem eigenen Alltag bekannt ist.

Anschließend wenden sich die Autoren dem technischen Pfadwechsel und der Ökosteuer zu und schließen - anknüpfend an die Befragungen - auf zwei Bedingungen, von denen die Akzeptanz verkehrspolitischer Umsteuerungsmaßnahmen abhängt: Der Vorbehalt der sozialen Gerechtigkeit

und das Kompensationsgebot. Jede politische Maßnahme, die sich dem Vorwurf aussetzt, Automobilität wieder zu einer Angelegenheit von Reichen zu machen, scheitert nicht nur am Egoismus der Betroffenen, sondern am demokratisch-solidarischen Gerechtigkeitsempfinden. Hinzu kommt die Absicht, den Ertrag der Ökosteuer nicht für ein verbessertes Angebot von alternativen Verkehrsmitteln einzusetzen. Das Autofahren wird stärker belastet, ohne gleichzeitig funktionale Äquivalente zur Abdeckung des vorhandenen Mobilitätsbedarfs anzubieten. Damit erweist sich die Privatisierung der Bahn, so die Autoren, als politische Selbstfesselung. Der Staat hat nicht mehr die Freiheit, im Zuge der Erhöhung der Kraftstoffpreise gleichzeitig die Preise für das Bahnfahren nach unten zu korrigieren.

Lesenswert ist insbesondere die Analyse über die soziale Internalisierung des Umweltproblems. Durch die Auswertung der Untersuchung wird klar, dass ökologische Anforderungen in das bereits vorhandene und das Alltagsverhalten prägende Normensystem eingearbeitet werden, ohne der Ökomoral die Dominanz zu geben.

"Mobilität im Alltag" zeigt lebensnah die normativen Verstrebungen des Alltagslebens auf, an denen sich die ökologischen Veränderungsanforderungen brechen und nicht durch besseres Umweltwissen aus den Angeln zu heben sind.

Mobilität im Alltag ist erschienen im Campus Verlag, 2001.

Autoren: Hartwig Heine, Rüdiger Mautz, Wolf Rosenbaum

## 9. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER

„Das Treffen möglich gemacht hat insbesondere Ihre unkomplizierte und hilfsbereite Unterstützung, wofür ich mich bei dieser Gelegenheit sehr herzlich

bedanken möchte. Die meisten der wichtigen Kontakte sind dank Ihnen und der Tatsache, dass es den FÖS gibt, entstanden. Womit eigentlich schon

der Beweis erbracht wäre, dass es in der Schweiz einer analogen Organisation bedarf!“

„Bin gerade aus dem Urlaub zurück und fand Ihren "Brandbrief" vor. Werde diesmal noch was spenden, hoffe aber, dass Sie die Situation zum Anlass nehmen Strategie, Arbeitsweise und vermutlich auch Zwecksetzung einmal gründlich überprüfen. In jedem Ökosystem wie einer Demokratie gibt es Werden und Vergehen - und single issue Organisationen sind besonders existenzgefährdet, weil sie zwangsläufig eine geringere Anpassungsfähigkeit haben. Trotzdem viel Erfolg!“

[Unsere Antwort] „Lieber Prof. Steger, ganz herzlichen Dank für Ihre Spendenzusage. Besser eine Spende mit kritischem Kommentar als umgekehrt! Ich darf aber soviel erwidern: Wir sehen eigentlich nach wie vor eine große Aufnahmebereitschaft für unsere "Outputs", sowohl im Inland wie außerhalb Deutschlands. Das Versiegen der finanziellen "Inputs" scheint eher

andere Gründe zu haben. Zwischen Input und Output bestand auch in der (P. Wegener (Zürich)) keine Verbindung, d. h. die Spender waren wenige Einzelpersonen, die Adressaten unserer Aktivitäten sehr viele und meist völlig andere Personen. Und was das Thema Single Issue angeht: Zum einen haben wir den thematischen Fokus bewusst erweitert, von Ökosteuern auf Ökologische Finanzreform. Damit gehören auch Zertifikate, ökologisch kontraproduktive Subventionen und ebenso produktive Umwelt-Fördermaßnahmen zu unseren Themen. Regional erweitert sich der Fokus von Deutschland auf Europa und darüber hinaus. Zum anderen sehen wir im Ausland durchaus Nachahmer unseres Modells, weil die Ökologische Finanzreform zu komplex ist, als dass traditionelle große Umweltorganisationen sie hinreichend intensiv und sachkundig betreuen können. Aber wie gesagt: Mit der Kombination von Spenden und kritischen Kommentaren können wir gut leben, denn beides fördert uns. Ihr Anselm Görres“

## 10. JOBS

### *Stellenausschreibung des WBGU*

Dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) ist eine Geschäftsstelle zugeordnet, die vom Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung in Bremerhaven administriert wird und ihren Standort in Berlin-Mitte im Shell-Haus am Reichpietschufer hat.

Für die Geschäftsstelle wird zum 1. November 2003 gesucht 1 **Naturwissenschaftler(in)** (BAT IIa) für den Arbeitsbereich "Klima" (Kennziffer J 46/WBGU-B).

Zu den Aufgaben gehören die Verfolgung und Bearbeitung der entsprechenden wissenschaftlichen und politischen Prozesse im In- und Ausland. Die Begleitung der Klimarahmenkonvention bildet einen Schwerpunkt der Arbeit. Zusätzliche Kenntnisse in Bereichen wie z. B. Landnutzung, Gesundheit oder Technologie sind erwünscht.

Von den Bewerber(inne)n werden ein abgeschlossenes Hochschulstudium sowie

Promotion oder einschlägige Berufserfahrung im Bereich globaler Umweltveränderungen erwartet. Von allen Mitarbeiter(inne)n werden Bereitschaft zu interdisziplinärer Zusammenarbeit, hohe Kooperations- und Kommunikationsfähigkeiten, Talent für die schriftliche Darstellung, sehr gute englische Sprachkenntnisse, Erfahrungen im Umgang mit moderner Informationstechnik sowie internationale Reisebereitschaft erwartet.

Das Arbeitsverhältnis ist zunächst bis zum 31.10.2004 befristet, weil dann die derzeitige dritte Berufungsperiode des WBGU endet. Bei Wiederberufung des Beirats kann das Arbeitsverhältnis um weitere 4 Jahre verlängert werden. Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Schwerbehinderte werden bei gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisse, Tätigkeitsnachweise) werden unter Angabe der

Kenn-Nr. bis zum 25. Oktober 2003 erbeten an:  
Alfred-Wegener-Institut für Polar- und

Meeresforschung; Personalabteilung; Postfach 12  
01 61; 27515 Bremerhaven

## 11. LINKS UND PUBLIKATIONEN

### *Neue Publikationen zum Thema Erneuerbare Energien in den EU- Beitrittsstaaten*

Danyel Reiche (ed.): Handbook of Renewable Energies in the European Union II - Case Studies of all Accession States, Foreword by Günter Verheugen, Frankfurt am Main u.a. 2003, 224 pp.

Reiche, Danyel: Restriktionen und Erfolgsbedingungen erneuerbarer Energien in Polen, Mit einem Vorwort von Grzegorz Wisniewski, Frankfurt am Main u.a. 2003, 159 S.

Bestellmöglichkeit und weitere (ausführlichere) Infos jeweils unter:

[http://www.peterlang.de/smisoft/buch/Engl/1\\_result.cfm?iSearch=Danyel%20Reiche&iAutor=&iTitel=&itreffer=10&iIsbn=&iReihe=&iReihenherausgeber=&iReihenissn=&iSprache=&iErscheinungvon=&iErscheinungbis=&iStichwort=](http://www.peterlang.de/smisoft/buch/Engl/1_result.cfm?iSearch=Danyel%20Reiche&iAutor=&iTitel=&itreffer=10&iIsbn=&iReihe=&iReihenherausgeber=&iReihenissn=&iSprache=&iErscheinungvon=&iErscheinungbis=&iStichwort=)

### *oekonews.at*

[[News@Sonnenseite.com](mailto:News@Sonnenseite.com), 07.09.2003] oekonews.at ist eine Non-Profit Online-Zeitung, die sich durch die vereins- und partei-unabhängige Arbeit ein Höchstmaß an Objektivität zur Berichterstattung für Erneuerbare Energien und umweltfreundliche Personentransporte zum Ziel gesetzt hat. Die Redaktion hofft, möglichst viele Personen von den enormen Vorteilen der Erneuerbaren Energien zu überzeugen und zu vernetzen. oekonews.at wurde geschaffen um feindselige Positionen gegenüber fossiler Energie aufzuklären, es liegt der Redaktion an der Erhaltung natürlicher Ressourcen. Bei oekonews.at finden Sie Links und Profile von Vereinen und Unternehmen, welche sich im Bereich „Erneuerbare“ engagieren; um besseren Informationsaustausch und effizientere Zusammenarbeit zu ermöglichen. Hier werden Menschen oder Organisationen vorgestellt, die nachhaltig und energiebewusst wirtschaften. Eben "Helden", die sich durch Einsatz für und/oder

Nutzung von erneuerbarer Energie verdient gemacht haben. Das fossile Denken hält sich scheinbar in den Köpfen der Entscheidungsträger. Bei oekonews.at werden Briefe (in Form von Emails) publiziert, welche an diverse Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft gerichtet sind. Sie können auf verschiedenste Presseaussendungen, Interviews und Kommentare reagieren.

### *Das fiskalische BLAU-Konzept: Instrumente gegen Zersiedlung*

Krumm, Raimund: „Das fiskalische BLAU-Konzept zur Begrenzung des Siedlungsflächenwachstums“ (IAW-Diskussionspapier Nr. 12), Tübingen 2003.

**Zum Inhalt:** Der Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung erfordert auch die Begrenzung des Siedlungsflächenwachstums. Dies könnte durch die Einführung einer so genannten „Baulandausweisungsumlage“ (BLAU) erreicht werden, bei der die Kommunen einen am Flächenumfang der neu ausgewiesenen Baugebiete bemessenen Umlagebetrag an das Land abzuführen hätten. Damit ergäbe sich für die Kommunen der Anreiz, mit der begrenzten Ressource Bodenfläche „sparsamer“ umzugehen.

Um eine finanzielle Mehrbelastung der Kommunalebene zu vermeiden, sollte das Umlageaufkommen – etwa nach einem Einwohnerschlüssel – auf die Kommunen zurückverteilt werden. Flächenausweisungsintensive Kommunen wären damit Nettozahler des BLAU-Fiskalsystems, Öko-Kommunen dagegen Nettotransferempfänger. Wird ein Teil des BLAU-Aufkommens vom Land in einen Öko-Fonds eingestellt, dann lassen sich daraus kommunale Innenentwicklungsprojekte bezuschussen oder die interkommunale Abgeltung „ökologischer Ausgleichsleistungen“ bewerkstelligen. Damit würde die durch die Umlageerhebung erzielte flächenpolitische Lenkung durch eine zusätzliche Steuerungswirkung



der Aufkommensverwendung ergänzt.

**Ansprechpartner:** Dr. Raimund Krumm, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), 72074 Tübingen, Ob dem Himmelreich 1, Tel. 07071/9896-31, Fax 07071/9896-99.

E-mail: <mailto:raimund.krumm@iaw.edu>

### ***EU: Studie ExternE zu External Costs publiziert***

Die Europäische Kommission hat eine Studie zum Thema „External Costs - Research results on socio-environmental damages due to electricity and transport“ (ExternE) veröffentlicht, in der folgende Punkte erörtert werden:

- Socio-economic research in the field of energy
- Definition of External Costs

- Damages assessed
- ExternE methodology
- Applications
- Comparison of damage costs per kWh for coal, gas, nuclear and wind electricity
- Comparison of damage costs between transport modes
- Uncertainties and Reliability
- Frequently Asked Questions
- Future Research Topics
- Extending and Improving the Methodology
- New Applications

Die Studie kann heruntergeladen werden unter: [http://europa.eu.int/comm/research/energy/pdf/externe\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/research/energy/pdf/externe_en.pdf)

## **12. VERANSTALTUNGEN**

### ***Nachhaltigkeitskonferenzen***

Auf der Internetseite finden sich Terminhinweisen zu Nachhaltigkeitskonferenzen. Der Terminkalender listet europaweit alle Tagungen auf, die sich mit nachhaltigem Wirtschaften, Corporate Social Responsibility u.ä. befassen - der wahrscheinlich umfangreichste Kalender seiner Art hierzulande, komplett mit Kommentaren und Links. "Bookmarks" lohnt sich - die Seite wird regelmäßig aktualisiert.

[http://www.agenturcafe.de/sustainability/index\\_13242.htm](http://www.agenturcafe.de/sustainability/index_13242.htm)

### ***15.-16.10.2003, Messe Stuttgart: Holzpellets sind gespeicherte Sonnenenergie.***

Der Pelletsmarkt in Deutschland verzeichnet seit dem Ende der 90iger Jahre ein zunehmendes Wachstum. So werden Ende 2003 voraussichtlich rund 20.000 Pelletsheizungen installiert sein. Die Branche rechnet nach einer aktuellen Umfrage des Biomasse Info-Zentrums (BIZ) für 2003 mit einem Anstieg des Absatzes auf 6.700 Pelletheizungen, für 2004 sogar auf rund 9.000 Anlagen.

Wo ein neuer Markt entsteht, entstehen neue Geschäftschancen. Als größter Solarverband in

Deutschland hat die Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS) die Einführung der Solartechnik seit 1975 unterstützt. Nun wollen wir auch zur Durchsetzung der Pelletstechnik in Deutschland beitragen.

Um sich im zukunftssträchtigen Pelletsmarkt zu engagieren, ist es notwendig, sich einen Überblick über das Angebot, die Hersteller und die Produkte zu verschaffen. Als Kooperationspartner des 3. Industrieforums Holzenergie und seiner Begleitmesse Pellets 2003 laden wir Sie recht herzlich zum Besuch der Pellets 2003 ein, die vom 15.-16. Oktober 2003 in der Messe Stuttgart stattfindet. Produktneuheiten, ein aktuelles Ausstellerverzeichnis und weitere Informationen zur Messe finden Sie unter [www.pellets2003.de](http://www.pellets2003.de) DGS-Geschäftsstelle, Augustenstraße 79, 80333 München, Tel: 089 / 52 40 71, Fax: 089 / 52 16 68, <http://www.dgs-solar.org>

### ***21.10.2003, München: Finanzierungsmethoden in der globalisierten Marktwirtschaft - ein zentrales Problem für (Um-)Welt und Zukunft!?***

Die Umwelt-Akademie lädt in den Räumen der Schweisfurth Stiftung (Südliches Schloßbrondell 1 in

München.) zur Veranstaltung „Finanzierungsmethoden in der globalisierten Marktwirtschaft - ein zentrales Problem für (Um-)Welt und Zukunft!?“ am 21. Oktober 2003 um 19:00 bis ca. 21:00 Uhr ein.

Die Entscheidung darüber, wie die Zukunft - unsere und die unserer Kindeskinde - aussehen wird, fällt im Wesentlichen anhand der Frage, wer im System der entwickelten Industrienationen wirklich die Macht hat, Veränderungen zu befördern oder abzublocken. Die gerne beschworenen Verhaltensänderungen, die in parlamentarischen Demokratien jeweils von echten Mehrheiten getragen werden müssen, lassen sich nicht durch Beschwörungen oder Predigten erreichen. Sie treten allenfalls dann ein, wenn sie direkt mit Sanktionen und Belohnungen rückgekoppelt sind - wozu eben die entsprechende Macht notwendig ist.

Im Kapitalismus besteht Macht generell in der Tatsache, dass Eigentum ein Nutzrecht und ein Verfügungsrecht beinhaltet. War dieses in der Verfassung der Bundesrepublik noch formal mit einer Sozialbindung belastet, so ist diese Bindung spätestens mit der so genannten Globalisierung der Finanzmärkte völlig obsolet geworden.

Belegt durch Beispiele aus der eigenen Unternehmenspraxis möchte Dr. Dieter Schmid (ehemaliger Geschäftsführer der Peroxid-Chemie GmbH im Konzern Laporte Organics und stellvertretender Vorsitzender der Umwelt-Akademie) aufzeigen, welche Probleme das heutige Finanzierungssystem (aus Sparam, Fonds, Analysten, Anlegern etc) vor allem durch die Anonymisierung aller Akteure erzeugt. Darüber hinaus wird er darstellen, wie sehr diese Probleme durch die globale Spekulation und den Zwang zur Overperformance verschärft werden.

Teilnahmegebühr: 10 EUR (Mitglieder der Umwelt-Akademie Eintritt frei).

### **29.-30.10.2003, München: netinform 2003 – Klima und Energie aktuell**

Die EU-Richtlinie zum EU-Emissionshandel wurde im vergangenen Juli verabschiedet und die ergänzende Richtlinie zur Einbindung von Klimaschutzprojekten in den EU-Emissionshandel wurde im Erstentwurf von der EU-Kommission bereits vorgelegt. Im Zuge dessen nehmen die nationalen Kriterien zur Zuteilung von

Emissionsberechtigungen mehr und mehr Gestalt an.

Diesen aktuellen Entwicklungen tragen wir ausgiebig Rechnung und zeigen die betriebliche Umsetzung auf.

Auch dieses Jahr wird diese Fachtagung klimaneutral gestellt, d.h. die verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen werden durch verifizierte Emissionsreduktionen auf Klimaschutzprojekten kompensiert.

Kontakt: TÜV Akademie GmbH Klaus Nürnberger  
[klaus.nuernberger@tuev-sued.de](mailto:klaus.nuernberger@tuev-sued.de) <http://www.netinform.de/>

### **07.11. – 09.11.2003, Loccum: Energie und Antriebe für die Mobilität der Zukunft**

Hochgespannte Erwartungen verbindet - nicht nur - die Volkswagen AG mit der in Kürze bevorstehenden Produktionsaufnahme von SunFuel, eines in ihrem Auftrag neu entwickelten Treibstoffs aus pflanzlicher Biomasse, der eine Reihe von technischen, ökologischen und ökonomischen Vorzügen auf sich vereinigen soll. Wie berechtigt sind solche Hoffnungen und welche industrie-, energie- und agrarpolitischen Perspektiven könnten sich eröffnen.

Veranstalter: Evangelische Akademie Loccum, Postfach 2158, 31545 Rehburg- Loccum, Tel: 05766 – 810, [mailto:eal@evlka.de](mailto:mailto:eal@evlka.de), <http://www.loccum.de>

### **08. 11.2003, Bonn, Kunst-Museum: Verleihung des Deutschen Solarpreises**

10 Jahre Deutscher Solarpreis, Veranstalter: EUROSOLAR

Anmeldung unter: <http://www.eurosolar.org>

### **11.11. – 14.11.2003, Wittenberg: Workshop "Business and Emissions Trading"**

Dieser internationale Workshop richtet sich speziell an Nachwuchswissenschaftler [Habilitation(inn)en, Junior-/ Assistenzprofessor(inn)en, Leiter(inn)en von Forschergruppen, Post-/Doktorand(inn)en, PhD- Student(inn)en, PhD-Fellows].

Veranstalter des Workshops sind der Lehrstuhl für Betriebliches Umweltmanagement (Prof. Dr. H.-U. Zabel) und die Professur für Umweltökonomik (Prof. Dr. B. Hansjürgens) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie die Arbeitsgruppe

"OR im Umweltmanagement" in der Gesellschaft für Operations Research/GOR (Prof. Dr. P. Letmathe, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre III: Umweltökonomie der Universität Siegen).

Die Teilnehmeranzahl ist auf maximal 20 Teilnehmerinnen/Teilnehmer begrenzt. Als Gastredner und Diskussionsteilnehmer konnten international renommierte Forscherinnen und Forscher gewonnen werden. Die Details können der Homepage des Lehrstuhls für Betriebliches Umweltmanagement der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (auf der Menüleiste links "Workshop Emissions Trading" anklicken) entnommen werden. Dort sind auch weitere Links und Informationen enthalten bzw. werden fortlaufend ergänzt:

<http://www.wiwi.uni-halle.de/loi/bwl/umwelt/>.

### ***14.11.2003, Universität Hannover: "Kommunikation und Vertrieb von nachhaltigen Finanzprodukten"***

Am 14. November dieses Jahres veranstaltet das imug Institut für Markt-Umwelt-Gesellschaft e.V. eine Tagung zum Thema "Kommunikation und Vertrieb von nachhaltigen Finanzprodukten".

Die Tagung bildet den Abschluss des über drei Jahre vom BMBF geförderten Forschungsprojekts "Investorenentscheidungen als Determinanten nachhaltiger Unternehmensführung". Im Rahmen von Vorträgen, Arbeitsgruppen und Diskussionsrunden sollen folgende Fragen näher untersucht werden:

- Wie können nachhaltige Investmentfonds differenziert und glaubwürdig gegenüber dem Anleger kommuniziert werden?
- Wie kann das Beratungsangebot zu nachhaltigen Finanzprodukten verbessert werden?
- Wie kann der Informationsfluss zwischen Unternehmen und Fondsgesellschaften/Rating-Agenturen optimiert werden?

Die Veranstaltung richtet sich an Führungskräfte aus Banken, Versicherungen, Fondsgesellschaften, Rating-Agenturen, an Wissenschaftler und andere Hochschulangehörige, an Vertreter von Umwelt- und Verbraucherverbänden und anderen NGOs. Die Tagung wird in den Räumen der NordLB in Hannover stattfinden.

Das Programm finden Sie unter:

[http://www.imug.de/news/pdfs/Tagung\\_Kommunikation\\_und%20Vertrieb\\_031114.pdf](http://www.imug.de/news/pdfs/Tagung_Kommunikation_und%20Vertrieb_031114.pdf)

Weitere Informationen erhalten Sie bei Frau Kathrin Klaffke (<mailto:klaffke@imug.de>).

### ***17.-18.11.2003, Potsdam: Biogas für alle - eine Stadt-Land-Partnerschaft***

Schirmherrschaft: Frau Renate Künast, Ministerin für Verbraucherschutz

Die zweite Potsdamer Biogas-Konferenz soll neue Projekte vorstellen, durch die Biogas noch mehr Anwendungen finden kann. Biogas könnte als Treibstoff Erdgas substituieren. Nach Einspeisung in das Erdgasnetz steht es auch für die dezentrale Konversion zur Verfügung. Darauf geht eine internationale Studie "Mikrosysteme der integrierten Versorgung" des Sektors Gas unter der Federführung des Ökoinstituts ein. Ein neues internationales EU-Projekt BIOCOMM untersucht das Potential, Strategien, Techniken und mögliche neue Richtlinienansätze zur Kommerzialisierung von Biogas am Erdgasnetz, an dem auch der Fachverband Biogas e.V. mitwirkt.

Der gegenwärtige ökonomische und technische Stand der mit hohen Erwartungen verbundenen Nutzung von Ganzpflanzen zur Biogaserzeugung wird anhand ökobilanzieller Aspekte und von Demonstrationsprojekten in Deutschland durch Landwirte vorgestellt. Die neueste Entwicklung auf dem Handel mit Emissionszertifikaten könnte neue Einkommensmöglichkeiten auch für die Bioenergie eröffnen.

Abgerundet wird die Tagung durch Präsentationen des neuesten Standes der rechtlichen Situation auf dem Erdgassektor, der Technologie zur Biogasaufbereitung und der aktuellen Entwicklung in mehreren europäischen Ländern zur Biogasaufbereitung und Biogasverwendung als Treibstoff und zur Gasnetzeinspeisung. Die Tagung findet im Rahmen der ETI Energie Technologie Initiative Brandenburg statt und richtet sich an alle Personen und Institutionen, die sich mit der Bereitstellung und Nutzung von Biogas beschäftigen. Hierzu zählen insbesondere landwirtschaftliche Unternehmen und Genossenschaften, die Biogasanlagen betreiben und/ oder planen. Weiterhin gehören neben Planern und Herstellern von Biogasanlagen auch Parlamentarier, Mitarbeiter von Ministerien, Kommunen, Verbänden und Gasversorgern sowie

Forschungseinrichtungen zu den potenziellen Teilnehmern dieser Veranstaltung.

Tagungsort: Konferenzsaal der IHK Potsdam, Service und BeratungCenter, Breite Str. 2a-c, D-14467 Potsdam

Tagungsbeitrag: 80 € Anmeldung bis zum 31.10.2003; 50 € pro Tag; 40 € für Studenten; Referenten frei

Im Tagungsbeitrag sind enthalten: Tagungsband, Pausenverpflegung und Lunch

Kontakt: Dr. Wolfgang Tentscher; eco Naturgas Handel GmbH, Potsdam; Max-Eyth-Allee 22; D-14469 Potsdam; Tel.: 0331 5811417, 030-79780447; Fax: 0331-5811418, 030-79780448

E-mail: <mailto:ecoNaturgas@aol.com> <mailto:WTentscher@aol.com>

### ***11.2. - 12.02.2004, Essen: Internationaler Deutscher Wasserstoff Energietag 2004***

Der Internationale Deutsche Wasserstoff Energietag ist der zweite seiner Art und wird drei Teile haben: Konferenzteil, Ausstellungsteil und „Wasserstoff für die Jugend“.

#### **Tagungsinhalte:**

Wasserstoffproduktionen, elektrolytisch, aus fossilen Energierohstoffen, aus Biomasse, CO<sub>2</sub>-Sequestrierung, das CO<sub>2</sub>-freie Kohlekraftwerk, Wasserstoffreformierung, Wasserstoffspeicherung, -transport und- verteilung, Wasserstoffinfrastruktur, gasförmig, verflüssigt, Nanostrukturen, Hydride, Wasserstoff Korridore und vieles mehr.

Den Vorsitz der Tagungsleitung hat Prof. Dr.-Ing. Carl - Jochen Winter, Vice President for Europe, The Association for Hydrogen Energy.

**Organisation:** H2Congress.de, Am Technologiepark 1, 45307 Essen, Tel./ Phone +49 (0)205.172.1260, Fax +49 (0) 201.172.1779, <mailto:info@h2congress.de>; <http://www.h2congress.de>

### ***05.-07.03.2004, Böblingen: Erneuerbare Energien 2004***

Zum 7. Mal öffnet Deutschlands große Spezialmesse für erneuerbare Energien ihre Türen vom 05.-07.03.2004 im CCB CongressCentrum Böblingen.

#### **Die Messe:**

An drei Ausstellungstagen werden über 250 Aussteller aus den Bereichen Biomasse und

energieeffizientes Bauen und Sanieren, Geothermie, Fotovoltaik und Solarthermie, Passivhaus, Wind- und Wasserkraft, mehr als 10.000 Besucher und über 800 Tagungsteilnehmer aus Europa sowie aus weiteren 40 Staaten erwartet. Folgende Bereiche werden präsentiert: "Altbautage", "Bioenergy", "Clean Energy Power", "Clean Energy Solution Center", "Interwind", "Passiv-Haus", "Solares Bauen" und "Sonnenenergie".

#### **Der Kongress:**

Am Freitag und Samstag werden über 20 Fachtagungen durchgeführt, Mitveranstalter sind unter anderem:

Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg e.V., BWE Bundesverband WindEnergie e.V.,

Deutsche Energieagentur GmbH, Dr. Klaus Heidler Solar Consulting, Fachverband Biogas e.V.,

Geothermische Vereinigung e.V., Institut für Fortbildung Bau e.V., KEA Klimaschutz Energieagentur sowie das Landesgewerbeamt Baden-Württemberg. Das Tagungsprogramm finden Sie ab Mitte November unter

<http://www.energie-server.de/>

Das Ausstellerforum mit Vorträgen ausstellender Firmen, Live-Interviews, sowie Sonderveranstaltungen

für Gewerbe, Industrie, Kommunen und Handwerk runden dieses Programm ab.

Sind Sie an weiteren Informationen interessiert? Dann schauen Sie doch einfach auf unsere Internetseiten: <http://www.energie-server.de/>, unter der Rubrik Angebot für Aussteller können Sie Ihr unverbindliches Angebot für Ihre Teilnahme anfordern. Für weitere Fragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

### ***30./31.05.2004, Bonn, Bundeskunsthalle: Global Benefits and Policies***

World Renewable Energy Forum im Vorfeld der Internationalen Regierungskonferenz für Erneuerbare Energien 2004

Veranstalter: EUROSOLAR, WCRE

Weitere Informationen unter

<http://www.eurosolar.org>

**01-04.06.2004, Bonn: Renewable Energy  
– International Conference For Renewable  
Energies**

In June 2004 Germany will be hosting the International Conference for Renewable Energies. The

Conference was announced by the Federal Chancellor Gerhard Schröder at the World Summit on Sustainable Development in Johannesburg in September 2002. More information can be found on the website <http://www.renewables2004.de>.

## 13. FÖS: IN EIGENER SACHE

**„Ökosteuern in der Landwirtschaft“ –  
neue Studie in Auftrag gegeben**

Der FÖS hat gemeinsam mit der Gregor Louisoder Umweltstiftung eine Studie zum Thema Ökosteuern in der Landwirtschaft in Auftrag gegeben. Die Studie wird sich mit folgenden Fragestellungen auseinandersetzen:

- Gründe für Erhebung von Abgaben (Schäden / externe Kosten der Landwirtschaft)
- Ausgestaltungsfragen für Abgaben auf Düngemittel und auf Pflanzenschutzmittel
- Auswertung der Abgaben auf europäischer Ebene (Fertigstellung wird bis Ende 2003 erwartet)

**Haben Sie eine neue Adresse oder Email?**

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMail-Adressen gleich mitzuteilen. Das Nachforschen, wenn Post oder eMails zurückkommen, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder anderen wichtigen aktuellen Mitteilungen zu verpassen!

**Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?**

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie oder werden Sie Mitglied bei uns! Wie Sie wissen, ist der FÖS unabhängig und überparteilich und daher auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die dem Verein nicht angehören wollen, aber unsere Arbeit und unseren Publikationen schätzen, sollten prüfen, ob sie unsere Arbeit mit gelegentlichen Spenden unterstützen können. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Unser Konto: GLS Gemeinschaftsbank eG; Nr. 8043713000; BLZ 430 609 67.

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglied unterstützen (Beitrag 60 € für Fördermitglieder, 200 € für Aktivmitglieder). Beitrittsformular: <http://www.foes-ev.de/9kontakt/index.html>

**Wie kann der Newsletter noch besser werden?**

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und gerne auch Literatur- oder Linkverweise, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr (<mailto:foes@foes-ev.de>).